



PROTOKOLL

Ausschuss für Bildung

5. Sitzung, auswärts, im Winzerverein Lantershofen, Grafschaft, am 15. November 2021

Öffentlich, 14.45 bis 17.10 Uhr

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Ergebnis

Flutkatastrophe – Situation der Bildungseinrichtungen im Ahrtal
Beschluss des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober 2021

Anhörverfahren durchgeführt; erledigt
(S. 2 – 32)

Vors. Abg. Giorgina Kazungu-Haß eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig für die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie die Anzuhörenden.

(Die Anwesenden erheben sich für eine Gedenkminute von ihren Plätzen)

Diese Ausschusssitzung habe einen tragischen Hintergrund, zu dem bereits viele wichtige und gute Worte gesprochen worden seien. Dem wolle sie hinzufügen, dass die von der Katastrophe nicht Betroffenen niemals wirklich richtig nachvollziehen könnten, was den tatsächlich Betroffenen widerfahren sei. Es werde versucht, und dieser Versuch werde hoffentlich von den Betroffenen wahrgenommen. Es wäre jedoch anmaßend, würde versucht, die eigene Trauer mit der der Betroffenen gleichzusetzen. Dies sei nicht möglich und verdeutliche, wie groß und furchtbar dieses Unglück noch immer sei. Es tue auch ihr sehr leid, dass die Betroffenen dies hätten erleben müssen.

Der Ausschuss habe sich gemeinsam für diese Sitzung vor Ort entschieden. Dies sei deswegen gut und wichtig, weil sich die Fraktionen stets auch in einer Auseinandersetzung befänden. Dies mache die Demokratie aus. Der Ausschuss beantworte viele Fragen zum Ahrtal gemeinsam, es gebe aber auch unterschiedliche Vorstellungen, wie bestimmte Dinge umgesetzt und in Zukunft geregelt werden sollten.

Zugleich hätten sich die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen gemeinsam auf die Liste der Anzuhörenden geeinigt. Dies sei sonst ebenfalls nicht der Fall, weil die Fraktionen sonst aus guten Gründen ihre Anzuhörenden selbst bestimmten. Die heutige Anhörung sei daher etwas Besonderes und damit auch ein Zeichen des Respekts vor den Anzuhörenden und der Aufgabe, der sich diese stellten.

Aus diesem Grund sei allen zu danken, die die Sitzung ermöglicht hätten. Die Anhörung sei eine Gratwanderung. Der Ausschuss habe sich Gedanken gemacht, ob die Betroffenen durch den Termin eher be- als entlastet würden. Deswegen sei der Ausschuss nicht unmittelbar nach der Katastrophe gekommen, um möglichst kraftvolle Bilder zu produzieren, sondern habe sich etwas Zeit gelassen, um dann seiner tatsächlichen Arbeit nachzukommen.

Während einer Begegnung mit der Leiterin des Hauses der offenen Tür in Sinzig habe diese ihren Dank geäußert, dass Politikerinnen und Politiker selbst zum Schippen gekommen seien. Sie habe dem Dank jedoch die Bitte hinzugefügt, dass Politikerinnen und Politiker doch ihre eigentliche und wichtige Arbeit verrichten sollten. Aus diesem Grund sei der Ausschuss ins Ahrtal gekommen, um von den Betroffenen zu lernen und daraufhin seine Arbeit gut zu machen. Insofern sei der Ausschuss Bittsteller an die Anzuhörenden.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Flutkatastrophe – Situation der Bildungseinrichtungen im Ahrtal

Beschluss des Ausschusses für Bildung am 28. Oktober 2021

– Anhörverfahren –

Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig berichtet, das Ausmaß der Schäden der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz, insbesondere im Ahrtal, sei bei der Besichtigung der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler besonders deutlich geworden. Auch bei der Fahrt durch Bad Neuenahr-Ahrweiler sei noch sehr gut zu erkennen, wie hoch das Wasser gestanden und welche Schäden es angerichtet habe.

Die Berichte erzeugten noch immer Betroffenheit. Das Geschehene sei eine große Katastrophe und eine Tragödie. In den vergangenen fünf Monaten habe sich jedoch viel verändert, und vieles sei vorangekommen. Es sei unglaublich beeindruckend, zu sehen, was sich verändert habe und was die Menschen vor Ort geleistet hätten.

Den anwesenden Anzuhörenden sei daher für das Geleistete ausdrücklich zu danken. Sie hätten es in den Kitas und Schulen geschafft, Kindern und Jugendlichen wieder viel Heimat bieten zu können. Der Dank gelte auch den Kolleginnen und Kollegen, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie allen, die zugewandelt hätten. Zu danken sei ebenfalls dem Schulträger, den Kommunen, die sich gekümmert hätten, sowie den Kolleginnen und Kollegen, unter anderem bei der Schulaufsicht, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV), beim Pädagogischen Landesinstitut (PL), bei der Unfallkasse, beim Institut für Lehrerfortbildung und im Ministerium für Bildung. Die Hilfsbereitschaft und die enorme Höhe der Spenden seien weitere gute Zeichen, die verdeutlichten, wie viel Arbeit geleistet werde.

Dem Ministerium für Bildung sei es von Anfang an darum gegangen, dass Kindern und Jugendlichen nach der Katastrophe wieder eine Heimat zur Verfügung stehen sollte. Die Katastrophe habe sich zwei Tage vor den Sommerferien und damit in einer Zeit, in der alle auf etwas Ruhe gehofft gehabt hätten, ereignet. Kitas und Schulen hätten insofern so weit ertüchtigt werden sollen, dass die Kinder und Jugendlichen nach diesen sechs Wochen wieder in die Schule hätten gehen können. Sie sei froh, dass dies überall gelungen sei.

In den Kitas hätten zu Beginn 860 Plätze gefehlt. Alle diese Plätze hätten nahezu vollständig ersetzt werden können. Elf Einrichtungen seien zerstört oder schwer betroffen gewesen. Bei den Schulen seien es 17 Einrichtungen mit rund 8.900 Schülerinnen und Schülern gewesen. All diese Kinder und Jugendlichen hätten am ersten Schultag entweder an ihren alten Schulort – wenn auch unter anderen Bedingungen, wie in der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus in Containern – zurückkehren können oder seien an andere Orte gewechselt. Im Bereich der Förderschulen etwa hätten die Schülerinnen und Schüler in Neuwied Aufnahme gefunden. Dies sei oft mit langen Fahrzeiten verbunden. Andere seien umgezogen, zum Beispiel zur Realschule plus nach Adenau.

Es sei zu erkennen, dass die Standorte soweit wie möglich ertüchtigt und Ausweichquartiere gefunden worden seien. Zum Ende dieses oder Anfang kommenden Jahres könnten die Schulen entweder wieder am alten oder an einem neuen Standort in Containern genutzt werden. Ausnahmen seien zwei Förderschulen und eine Grundschule, für die noch nach Lösungen gesucht werde. Auch für diese Schulen gelte, dass keine Klassen geteilt worden seien und die Kinder und Jugendlichen einen guten Raum hätten. Gleiches sei bei den Kitas der Fall.

Als weiteren wichtigen Punkt habe ihr Haus von Anfang an die psychosoziale Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrkräfte und Eltern im Blick gehabt. Das PL habe insbesondere um den ersten Schultag herum bis zu 60 Schulpsychologinnen und -psychologen im Einsatz gehabt, derzeit seien es noch 17. Basierend auf den Rückmeldungen der Schulen sei zu erkennen, dass keine dauerhafte Präsenz in den Schulen notwendig sei. Wichtig sei aber, dass dauerhaft dieselben Ansprechpersonen vorhanden seien. Dies sei gewährleistet. Die Zentrale in Mayen werde weiterhin aufrechterhalten, und es bestehe weiterhin Unterstützung durch andere Bundesländer, für die sie sehr dankbar sei. Auch zur Schulseelsorge hätten gute Kontakte geknüpft werden können, sodass eine gute Unterstützung aus einer Hand geleistet werden könne.

Auch die personelle Unterstützung habe das Land noch einmal ausgebaut. Es seien 21 zusätzliche Stellen bereitgestellt worden. Zudem habe es eine Sonderfeuerwehr aus vielen Menschen gegeben, die sich bereit erklärt hätten, zu Beginn des Schuljahres in die Schulen zu gehen. Ebenso seien PES-Kräfte zum Einsatz gekommen. Die Situation bleibe aber eine Dauerbaustelle. Es sei wichtig, weiterhin viele Vertretungs- und PES-Kräfte zu finden, welche die Schulen unterstützten. Das Ministerium für Bildung und die ADD hätten dies im Blick.

Bei den Kitas sei das Land nicht Träger des Personals. Dennoch habe es von Anfang an klargestellt, dass es zusätzliches Personal mitfinanzieren werde, wenn dieses aufgrund von Ausweichquartieren oder der Traumatisierung von Kindern und Erzieherinnen und Erziehern notwendig sei. Dies sei unabhängig davon, ob sich die Kita in einem eingeschränkten Betrieb befinde. Es gehe darum, das Funktionieren der Einrichtungen sicherzustellen.

Der Wiederaufbau werde weiterhin eine große Herausforderung bleiben. Von allen Seiten werde gewünscht, dass der Wiederaufbau schnell vorangehe. Erkennbar sei aber auch, dass es sich um einen Spagat zwischen schnellen Lösungen einerseits sowie dauerhaften und nachhaltigen Lösungen, bei denen auch Wunschprojekte mit umgesetzt würden, andererseits handle.

Am 12. November 2021 habe die Veranstaltung „Schule der Zukunft“ stattgefunden, bei der es auch um Raumkonzepte und die Frage gegangen sei, wie sich Schulen verändern könnten. Dies solle im Blick behalten werden, damit gute und innovative Dinge auf den Weg gebracht werden könnten, worüber auch Einigkeit mit dem Ersten Kreisbeigeordneten Horst Gies bestehe. Die Landesregierung wolle die Schul- und Kitaträger über das Ministerium, die ADD und das LSJV dabei unterstützen. Die beiden Förderschulen sowie die Grundschule in Dernau, für die noch gute Lösungen gefunden werden müssten, lägen besonders im Blick.

Im Bildungsausschuss sei über diese sich ständig verändernde Situation bereits ausführlich berichtet worden. Die Landesregierung sei vor Ort und werde weiterhin vor Ort bleiben. Es vergehe

kein Tag, an dem nicht über das Ahrtal gesprochen oder an das Ahrtal und die anderen von der Flut betroffenen Gebiete gedacht werde. Die Betroffenen würden weiterhin unterstützt, damit die Situation unter den gegebenen Umständen jeden Tag so schnell wie möglich immer besser werde. Dies gelte nicht nur für die Landesregierung und das Parlament, sondern auch für die kommunalen Träger.

Timo Lichtenthäler (Realschulrektor der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler) bedankt sich dafür, in seiner Funktion als Vertreter von 17 schwer betroffenen Schulen sprechen zu dürfen. Die Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 sei ein nahezu historisches Datum und habe das Ahrtal in Gänze – und damit auch die Schullandschaft – zu einer ganz anderen Region werden lassen.

Er wolle mit seinem Beitrag einerseits unendliche Dankbarkeit, andererseits aber auch Wünsche ausdrücken, die langfristig benötigt würden. Es sei keine prophetische Gabe notwendig, um angesichts der Situation im Ahrtal zu erkennen, dass das Thema der Flutkatastrophe die Betroffenen noch über Jahre hinweg beschäftigen werde. Aus jeder Katastrophe erwachsen aber auch Chancen, und auch in der aktuellen Situation könnten und sollten einige Chancen ergriffen werden.

In der ersten Dienstbesprechung kurz vor Beginn des neuen Schuljahres habe er zu den Kolleginnen und Kollegen gesagt, sie könnten Vieles üben und sich auf Vieles vorbereiten. Die Corona-Krise habe die Schule bereits vor große Herausforderungen gestellt. Die Flutkatastrophe aber habe niemand üben können. Genau mit diesem Blickwinkel sei die Schule in den Schulalltag gestartet.

Es holpere noch an der einen oder anderen Stelle, und es werde wohl noch eine Weile holpern. Würden die Dinge aber mit einem gesunden Maß an Optimismus und Tatendrang in die richtige Richtung bewegt, könnten alle Beteiligten auch Nutzen daraus ziehen.

Lasse er die Abläufe seit dem 14. Juli 2021 Revue passieren, kämen ihm immer wieder vier Dinge in den Sinn. Ganz am Anfang habe er unter Schockstarre gestanden, weil genau solche Katastrophen nicht geübt werden könnten. Nach zwei bis drei Tagen habe ein fast roboterähnlicher Arbeitsmodus eingesetzt, in dem er nur noch reagiert habe. Bei dem einen oder anderen Aspekt habe er heute keine Erinnerung mehr, wie er eigentlich zustande gekommen sei. Dies sei sehr beeindruckend.

Als Drittes trügen ganz viel Zuversicht und Hoffnung durch die weitere Zeit. Werde ein Punkt erreicht, an dem es nicht rundlaufe, so werde die Situation betrachtet und überlegt, wie sie zu verbessern sei, um wieder in den Modus der Zuversicht und der Hoffnung zu gelangen. Deshalb solle diese Ausschusssitzung auch genutzt werden, um dem Schulleitungsteam, den Kolleginnen und Kollegen, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern einen Dank auszusprechen.

Die Präsenz vor Ort von der ersten Stunde an – völlig unabhängig von der Reihenfolge des Ankommens – erzeuge ein sehr beruhigendes Gefühl, nicht allein zu sein, gesehen und angehört zu werden, welches durch die Zeit trage. Die Unterstützung auf ganz verschiedenen Ebenen, welche die Schulen seitens der Landesregierung, der ADD oder auch der Kreisverwaltung als Schulträger

hätten erfahren dürfen, sei beachtlich. Dies gelte auch für das Gefühl, die zugesprochenen Freiheiten jetzt zu nutzen. Die Schulen seien erneut nicht in ein normales Schuljahr gestartet.

Es bestehe die Gewissheit, aus der Situation heraus, beispielsweise wenn der Eindruck entstehe, eine Klasse oder Jahrgangsstufe laufe quer und müsse raus, einen Bus chartern zu können und zwei Tage lang Lernen an einem anderen Ort zu ermöglichen. Durch die unheimliche Solidarität sei die Schule bereits in Dierdorf, Waldbreitbach und sogar in Zweibrücken zu Gast gewesen, wo Turnhallen zur Verfügung gestellt worden seien, damit die Kinder einmal wieder hätten Sport treiben können. Dies sei ein tolles Gefühl. Am Anfang sei dies noch im Freien an der Ahr oder in den Weinbergen möglich gewesen; jetzt, da es kälter werde, sei dies aber nicht mehr möglich.

Auch die schnelle Hilfe seitens der bildungspolitischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sei eine neue und positive Erfahrung gewesen. Dies habe sich beispielsweise am Personal gezeigt, welches teilweise über Nacht noch habe eingestellt werden können, um mit einer gewissen Grundreserve in das aktuelle Schuljahr starten zu können. Zehn seiner Kolleginnen und Kollegen seien selbst teilweise sehr stark von der Flutkatastrophe betroffen, hätten umziehen müssen und ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Trotzdem sei es für diese wichtig, weiterhin Lehrerin oder Lehrer zu sein und ihrer Profession und Berufung nachzugehen, da sie für die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler da sein wollten. Vor diesem Hintergrund täten gerade die Entlastungsmomente, die durch den Beitrag der Personalaufstockung ermöglicht würden, gut.

Die spürbaren Entlastungen im Alltag sowie die Hilfe der Psychologinnen und Psychologen, die in kürzester Zeit bundeslandübergreifend zur Verfügung gestellt worden sei, seien ebenfalls ganz wunderbar. An der Boeselager Realschule plus sei ein sehr tolles Team aus Hessen tätig, zudem sei die Schulseelsorge aus Mainz da gewesen. Zu Spitzenzeiten seien bis zu sechs Personen vor Ort gewesen, was er anfangs eventuell sogar für zu viel gehalten habe. Es habe sich aber herausgestellt, dass das große Angebot richtig sei, da viele Schülerinnen und Schüler ebenso wie viele Kolleginnen und Kollegen Unterstützung bei den Schulpsychologen gesucht hätten. Diese Hilfe habe gutgetan.

Aktuell tue besonders gut, dass – obwohl das Land Rheinland-Pfalz von einer Koalition unter Beteiligung der SPD regiert und der Landkreis Ahrweiler von der CDU geführt werde – parteiübergreifend geschaut werde, wie dem Ahrtal und den Schulen am besten geholfen werden könne. Dies sei ein sehr beruhigendes Gefühl, das die Betroffenen durch diese Zeit trage. Bei aller politischen Auseinandersetzung, die auch wichtig sei, und der nötigen politischen Aufarbeitung des Geschehenen, die sicherlich weniger im Bildungsbereich, aber an anderer Stelle durchgeführt werden müsse, tue das parteiübergreifende Miteinander gut. Einer seiner größten Wünsche sei daher, dass diese parteiübergreifende Unterstützung auch weiterhin spürbar bleibe.

Ein weiterer großer Wunsch sei, dass die Belastungsmomente im Blick behalten würden. Im Verlauf der Bewältigung der Flutkatastrophe werde es unterschiedliche Phasen geben. In einigen Phasen werde es rundlaufen und fast der Eindruck bestehen, man sei in der Normalität angekommen. In anderen Phasen würden die Betroffenen aber sicherlich wieder an ihre Grenzen – mit Blick auf die Ressourcen, aber auch menschlich – stoßen. Vor diesem Hintergrund sei einer seiner größten Wünsche, dass diese Belastungsspeaks auf der gesamten Strecke im Blick behalten würden.

Es sei richtig und gut, dass die Kolleginnen und Kollegen dahin gehend eine Entlastung erfahren hätten, dass sie Tage hätten in Anspruch nehmen können, um ihr eigenes Zuhause wieder aufzubauen. Dies sei ein sehr wertschätzendes Signal gewesen, welches im Kollegium sehr lobend wahrgenommen werde. Wenn nun aber der Frühling komme und Fachfirmen wieder bzw. anders vor Ort seien, reiße eine solche Regelung natürlich Lücken im täglichen Geschäft. Dann gelte es für die Schulleitungen darauf zu achten, dass die Kolleginnen und Kollegen, die anwesend seien, nicht noch mit Vertretungsaufgaben „verheizt“ würden.

Angesichts dieser Peaks hoffe er, dass es gemeinsam gelingen werde, mit einem gewissen Augenmaß zum zweiten Halbjahr noch einmal nachzusteuern. Dafür müsse geschaut werden, welche Möglichkeiten der Haushalt eröffne, und der Dialog sollte bestehen bleiben.

Wie er bereits mehrfach dargelegt habe, befinde man sich aktuell nicht in einem normalen Schuljahr, daher sei er dankbar für die Freiheiten, die seiner Schule beispielsweise in Bezug auf die Stundentafel gegeben worden seien. Seiner Schule stehe – mit einer einzigen Ausnahme – kein Fachraum mehr zur Verfügung. Daher habe die Stundentafel angepasst und Stunden des Wahlpflichtfachs hätten gestrichen werden müssen. Lediglich in Bezug auf das Fach Französisch habe man eine Ausnahme gemacht, da den Zehntklässlern kein Nachteil entstehen solle, wenn sie später einen Übergang zum Gymnasium anstrebten. Ansonsten finde an seiner Schule aber momentan nur wenig praktischer Unterricht statt. Die durch die Streichung generierten Stunden stünden nun für die Hauptfächer, in denen auf diese Weise auch Corona-Lücken besser geschlossen werden könnten, und eine zusätzliche Klassenleiterstunde zur Verfügung. Gerade die Klassenleitungen als Zuhörerinnen und Zuhörer seien für die Kinder von großer Bedeutung.

Eigentlich habe die Absicht bestanden, die Stundentafel zum Halbjahreswechsel wieder ganz normal abzubilden. Im Moment wisse er aber nicht, wie Unterricht im Fach Hauswirtschaft und Soziales ohne eine Küche oder im Fach Technik und Naturwissenschaften ohne eine Werkbank erteilt werden solle. Die Theorie sei zwar vermittelbar, die Realschule plus sei aber eher eine praxisorientierte Schulart. Vor diesem Hintergrund gelte es, wenn der 31. Januar 2022 nahe, noch einmal gemeinsam auf diese Thematik zu schauen. Seine Dankbarkeit für die bisher gegebenen Freiheiten sei verbunden mit dem Wunsch, diese weiterhin beizubehalten.

Beim Bildungskongress in Mainz in der vergangenen Woche habe Dr. Markus Warnke, Geschäftsführer der Wübben Stiftung, gesagt, zukünftig würden eine bessere Verzahnung der Ressorts sowie eine Multiprofessionalität benötigt. Seiner Ansicht nach werde genau dies gerade im Ahrtal vorgelebt. Die Ressorts, das Ministerium für Bildung, die ADD und das PL arbeiteten gerade wunderbar Hand in Hand, und die Zahnräder griffen ineinander. Er glaube, diese Schnittmenge könnte auch der Startpunkt für eine Modellregion werden, sei es in Bezug auf den Schulbau oder andere Ansätze. Aus dieser Vorstellung schöpften die Beteiligten vor Ort Mut und Kraft und machten einfach immer weiter.

Vors. Abg. Giordina Kazungu-Haß dankt Timo Lichtenthäler für das Weitermachen und diese wichtigen Worte.

Britta Stahl (Vorsitzende des Schulleiternbeirats der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler) beschreibt, sie wohne ebenfalls im Ahrtal, zähle aber selbst glücklicherweise nicht zu den Betroffenen. Ihre Arbeitsstätte, ein Kindergarten, befinde sich direkt neben der Boeselager Realschule plus, sei leider komplett überschwemmt worden und werde daher abgerissen.

Als in den Sommerferien eine gemeinsame Sitzung in der Schule stattgefunden habe, sei sie als Elternteil geschockt gewesen und habe sich nicht vorstellen können, wie dort in drei Wochen ein Kind zur Schule gehen und wie der Schulalltag aussehen solle. Es sei mitgeteilt worden, dass Container aufgestellt würden und der obere Bereich der noch vorhandenen Gebäude genutzt werden sollte. Sie habe sich aber nur schwer vorstellen können, wie die Kinder oben lernen sollten, während unten gebohrt und gehämmert werde. Auch um die Schule herum habe Chaos geherrscht mit all dem Dreck und nicht benutzbaren Bürgersteigen.

Am ersten Schultag habe sie sich dann an die Schule gestellt und den Verkehr beobachtet, da die Brücke zwar wieder befahrbar gewesen sei, aber kein Bürgersteig existiert habe. Die Kinder hätten diese Brücke überqueren müssen. Kinder, die aus anderen Richtungen gekommen seien, seien auf der Straße gelaufen. Angesichts dessen, dass die Jahreszeit bald wechseln und es auf dem Schulweg vermehrt dunkel sein werde, habe sie sich gesorgt und gehofft, dass es zu keinen Zwischenfällen kommen werde.

Sie habe ihr Anliegen bei einem Treffen im Rathaus vorgebracht. Dort sei ihr aber gesagt worden, sie sei an der falschen Stelle und müsse sich an das Ordnungsamt wenden, das aber im Moment keine Zeit habe, oder sich bei der Polizei melden. Ihr sei aber bekannt gewesen, dass Herr Lichtenhäger dies bereits ausreichend getan gehabt habe. Vor den Herbstferien seien erneut Aufräumarbeiten durchgeführt worden, nach denen die Kinder wenigstens wieder auf dem Bürgersteig hätten laufen können. Auch die Brücke sei wieder mit einem Bürgersteig ausgestattet worden, was die Situation um einiges verbessert habe.

Ihre eigene Tochter habe sich bislang noch nicht über den Dreck oder die Lautstärke beschwert. Sie bedauere aber, dass einige Stunden ausfielen, vor allem die praktischen, und nun alles theoretisch vermittelt werde. Auch fehle die Bewegung. Der Schulbetrieb an sich laufe aber, womit ihre Tochter selbst zufrieden sei.

Von anderen Eltern sei ihr zu Beginn von Schwierigkeiten berichtet worden, von der Oberahr mit dem Bus zur Schule zu kommen. Es sei ungewiss gewesen, wie das funktionieren solle und ob überhaupt entsprechende Fahrten durchgeführt würden. Dieses Problem habe sich aber ebenfalls geregelt.

Ansonsten könne sie noch von einem Problem in Bezug auf Busfahrkarten berichten. Ihre Tochter sei in dieser Situation erstmals mit dem Bus zur Schule gefahren und habe erst nach den Herbstferien ihre erste Busfahrkarte in den Händen gehalten, obwohl sie diese bereits im August beantragt gehabt habe. Der Busfahrer habe ihre Tochter bis zum Erhalt der Busfahrkarte umsonst mitgenommen. Dies habe zwar glücklicherweise funktioniert, sie habe aber immer gehofft, dass er

ihre Tochter nicht irgendwann stehen lasse und diese nicht nach Hause komme. Nun gelte es abzuwarten, wie es weitergehe.

Ihre eigene Arbeitsstätte sei nun in Leimersdorf untergebracht. Dafür sei von der Grafschaft ein Haus des Dorfes zur Verfügung gestellt worden. Es sei sehr schnell reagiert und Trennwände seien eingezogen worden. Die Gastfreundschaft sei sehr groß, sie könnten Wünsche äußern. Nun warte die Kindertagesstätte gemeinsam mit den Kindern und ihren Eltern – momentan stünden 30 Plätze weniger zur Verfügung als zuvor – auf die Umsetzung ihrer Containerlösung.

Vors. Abg. Giorgina Kazungu-Haß dankt Britta Stahl für den gegebenen Einblick, auch in ihr eigenes Berufsleben. Der Bereich der Kitas werde im weiteren Verlauf der Sitzung noch thematisiert werden.

Adem Prebeza (Schüler der Klasse 10 der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler) berichtet, in der Nacht der Flutkatastrophe habe alles damit begonnen, dass sein Vater gegen 23.00 Uhr einen Anruf des Nachbarn erhalten habe, der ihm gesagt habe, dass sie schnellstmöglich das Haus verlassen sollten. Sein Vater habe die Haustür geöffnet, und das Wasser sei ihm bereits entgegengekommen. In diesem Moment habe seine gesamte Familie starke Panik verspürt, da ihnen das Wasser bereits bis zu den Knien gereicht habe.

Sie seien dann die Straße entlanggelaufen, als die gesamte Nachbarschaft und viele mehr aus ihren Häusern und Wohnungen geflüchtet seien. Überall habe Panik geherrscht, da die lauten Sirenen der Feuerwehr, der Krankenwagen und der Polizei zu hören gewesen seien. Man habe hupende Autos gehört. Für ihn persönlich sei das Schlimmste die Schreie der Menschen gewesen, die nach Hilfe oder nach Familienmitgliedern gerufen hätten.

Seine Familie habe sich lange nicht ausruhen können, da sich aus den Gullideckeln weiterhin Wasser nach oben gedrückt habe. Daher seien sie, wie viele andere, weiter geflohen. Sie seien zu Fuß unterwegs gewesen, da ihre Autos weggeschwommen oder nicht mehr fahrtüchtig gewesen seien. Dann hätten sie plötzlich ihren Nachbarn mit seinem Arbeitsauto gesehen. Dieser habe gesagt, dass die Situation viel zu gefährlich sei, und seine Familie mitgenommen. Er habe sie zu einem vorübergehend sicheren Ort gebracht. Als sie diesen erreicht gehabt hätten, hätten sie die ganze Situation erst einmal verarbeiten müssen, da sie einfach so vieles gesehen und gehört gehabt hätten.

Später habe sich seine Familie entschieden, zu einem anderen Ort zu fahren, an dem sie ein Familienmitglied abholen würde. Auf dem Weg zu diesem Ziel seien bereits die ersten Probleme aufgetreten, da die meisten Autobahnen und Straßen blockiert gewesen seien. Daran hätten sie gemerkt, dass die Situation sehr ernst sei, weil innerhalb weniger Minuten bereits die meisten Autobahnen defekt oder einfach nicht mehr befahrbar gewesen seien. Nach vielen Umwegen hätten sie dann endlich ihr Ziel erreicht, und ein Familienmitglied habe sie abgeholt und in seine Wohnung gebracht. All dies habe insgesamt rund sieben Stunden gedauert, denn in der Wohnung seien sie erst um 5.00 Uhr morgens eingetroffen.

Bleona Syleimani (Schülerin der Klasse 10 der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler) stellt dar, bei ihr zu Hause habe das Wasser bereits um 22.00 Uhr auf der Straße gestanden. Zunächst seien die Menschen interessiert nach draußen gegangen, um zu schauen, was passiere, doch als die Feuerwehr Sirenen habe laufen lassen und Durchsagen gemacht habe, dass die Situation nun lebensgefährlich werde, hätten alle Panik bekommen. Viele Menschen, auch ihr Vater, hätten in diesem Moment versucht, noch ihre Autos zu retten und diese irgendwo anders hinzubringen. Der Rest der Familie sei in das Gebäude gerannt, und auch ihr Vater habe es zum Glück dorthin zurückgeschafft.

Dann sei das Wasser auf einmal viel höher gestiegen als erwartet, und die Nachbarn seien von unten zu ihnen nach oben geflohen. Das Schlimmste seien für sie die Schreie und Hilferufe von den Personen gewesen, die noch draußen gewesen seien. In diesem Chaos hätten sie dann ihre wichtigsten Sachen zusammenpacken müssen und seien ebenfalls weiter nach oben geflohen. In ihrem Haus wohnten mehrere Familien und viele Kinder. Die Kinder hätten angefangen zu weinen und sie gefragt, ob sie in dieser Nacht sterben würden. Sie hätten versucht, sie zu beruhigen, dies sei ihnen aber schwergefallen, da sie in diesem Moment selbst auch sehr viel Angst gehabt und nicht gewusst hätten, was mit ihnen geschehe.

Das Wasser sei bis um 5.00 Uhr morgens auf derselben Höhe verblieben und erst ab dem nächsten Tag gesunken. Dann habe die Feuerwehr beschlossen, die Menschen aus dem Gebäude herauszuholen, da große Angst bestanden habe, dass das Gebäude aufgrund der Nässe einstürzen könnte. Die Bewohnerinnen und Bewohner hätten durch den Balkon klettern müssen und seien dann alle mit Schlauchbooten herausgeholt worden. Als sie auf sicherem Boden gewesen seien, hätten sie ihr Auto, das glücklicherweise noch fahrtüchtig gewesen sei, nehmen können und seien zunächst hoch auf die Weinberge gefahren, um sich erst einmal von dem Geschehenen zu erholen. Erst da hätten sie begonnen, alles zu realisieren.

Adem Prebeza fährt vor, nachdem sie zunächst ihre Erfahrungen aus der Flutnacht geschildert hätten, wollten sie nun die Folgen schildern, die bis heute andauerten. Bei der Rückfahrt nach Hause seien bereits die kaputten Straßen und zerstörten Gebäude sichtbar gewesen. Nach dem Öffnen der Haustür habe sich offenbart, was die Flut angerichtet habe. Dinge, die man einmal besessen gehabt habe, seien plötzlich weg gewesen. Gegenstände, die als Erinnerungsstücke gedient hätten, seien kaputt gewesen, und Dinge, für die man jahrelang gearbeitet habe, seien einem plötzlich weggenommen worden.

Bleona Syleimani ergänzt, doch nicht nur die materiellen Dinge hätten Schaden genommen. Viele Menschen hätten auch Familienmitglieder, Freunde oder Bekannte verloren, nicht nur durch den Tod, sondern auch durch das Wegziehen. Dies wiederum sorgte dafür, dass die Menschen auch unter einer starken psychischen Belastung stünden, von der sie glaube, dass sie die Betroffenen noch lange verfolgen werde.

In dieser Zeit habe sich aber natürlich auch die Frage gestellt, wie es schulisch weitergehen werde, wie Unterricht ohne die erforderlichen Materialien abgehalten werden solle und ob die Klassenräume weiterhin benutzt werden könnten.

Adem Prebeza fügt hinzu, Fragen seien gewesen, ob die Schülerinnen und Schüler nach den Ferien wie gewohnt zur Schule gehen könnten oder sich ihr Schulweg ändere, und falls dies der Fall sei, wie sie dann überhaupt zur Schule gelangen würden. Eine weitere Sorge sei gewesen, ob es überhaupt genügend Klassenräume geben werde, oder die Schülerinnen und Schüler schlimmstenfalls wieder im Wechselunterricht unterrichtet werden müssten.

Bleona Syleimani erläutert, umso größer sei die Erleichterung gewesen, als ihnen mitgeteilt worden sei, dass sie keinen erschwerten Schulweg zu meistern haben würden und auch die Schulzeiten für sie gleich blieben, was bei anderen Schulen nicht unbedingt der Fall sei.

Adem Prebeza ergänzt, auch für den Klassenraummangel habe ihre Schule mit den besorgten Containern eine vorübergehende Lösung gefunden.

Bleona Syleimani führt aus, auch das Problem mit den nicht vorhandenen Materialien sei schnellstmöglich gelöst worden. Deshalb wollten sie und Adem Prebeza sich bei allen Beteiligten bedanken, dass ihnen so vieles erleichtert worden sei. Dem Ausschuss dankten sie ebenfalls für das Zuhören.

Vors. Abg. Giorgina Kazungu-Haß bringt zum Ausdruck, dafür, dass Bleona Syleimani und Adem Prebeza, obwohl sie so früh so viel hätten erleben müssen, heute trotzdem den Weg hierher gefunden hätten, gebühre ihnen größter Respekt. Im Namen aller danke sie ihnen dafür, dass sie sie an ihren Erfahrungen hätten Anteil nehmen lassen.

Es sei sich bereits mehrfach bei denjenigen bedankt worden, die dies alles vor Ort ermöglichten, und dieser Dank könne gar nicht oft genug wiederholt werden, denn die beiden hätten noch einmal sehr gut nachgezeichnet, wie wichtig es gewesen sei, dass sie wieder in ihre Schule hätten zurückkehren können. Dies bestärke noch einmal alle Beteiligten darin, daran zu arbeiten, dass es den Kindern und Jugendlichen dort gut gehen könne.

Andreas Schmitt (Förderschulrektor der Janusz-Korczak-Schule Sinzig) dankt zunächst für die Gelegenheit, in dieser Runde sprechen zu dürfen. Als Schulleiter der Janusz-Korczak-Schule in Sinzig, einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen, sei er überrascht gewesen, als er vor knapp zwei Wochen die Einladung zu dieser Sitzung erhalten habe.

Als ersten Impuls habe er sich gefragt, warum er berichten solle, obwohl seine Schule doch gar nicht von der Flut betroffen sei. Das Wasser der Ahr sei in der besagten Nacht glücklicherweise nur wenige Meter an der Schule vorbeigeflossen. Zu berichten hätte er sicherlich genug. Von der ersten Minute an habe die Schulgemeinschaft vieles gesehen und erlebt, was wohl allen lieber erspart geblieben wäre, aber die Janusz-Korczak-Schule habe Glück gehabt. Das Gebäude, der überwiegende Teil des Kollegiums und auch der große Teil der Schülerschaft seien nicht oder nur zum Teil und glücklicherweise nur gering betroffen gewesen. Er habe sich gedacht, die Schulleiterinnen der Don-Bosco-Schule und der Levana-Schule könnten doch stattdessen berichten, denn diese seien nicht nur in Form des Gebäudes, sondern auch als jeweilige Schulgemeinschaft viel stärker betroffen.

In einem zweiten Impuls habe er sich aber gedacht, die Janusz-Korczak-Schule in Sinzig sei eine von vielen aufnehmenden Schulen, und es sei wichtig, auch diese Schulen in den Blick zu nehmen. Dies hätten glücklicherweise auch das Ministerium für Bildung und die ADD von Anfang an so praktiziert. Gleichzeitig sei es wichtig, dass die Förderschulen im Rahmen der heutigen Ausschusssitzung überhaupt Gehör fänden. Dafür danke er.

Um dem Ausschuss einen guten und möglichst objektiven Eindruck der aktuellen Situation der Förderschulen im Kreis Ahrweiler vermitteln zu können, habe er im Vorfeld dieses Berichts selbstverständlich Kontakt zu den jeweiligen Schulleitungen – Frau Römermann und Frau Vitten, die ebenfalls anwesend seien – sowie zu den jeweiligen Schulleiternbeiräten und Örtlichen Personalräten (ÖPR) aufgenommen.

Die Ausgangssituation stelle sich wie folgt dar. Im Kreis Ahrweiler existierten vier Förderschulen: die Levana-Schule mit den Förderschwerpunkten ganzheitliche und motorische Entwicklung am Standort Bachem – also schräg gegenüber der Boeselager Realschule plus – mit ca. 100 Schülerinnen und Schülern, die Don-Bosco-Schule mit dem Förderschwerpunkt Sprache und Lernen ebenfalls am Standort Bachem sowie einem Außenstandort in Wimbach am Nürburgring mit ca. 200 Schülerinnen und Schülern, die Burgweg-Schule in Burgbrohl mit den Förderschwerpunkten Lernen und ganzheitliche Entwicklung mit ca. 80 Schülerinnen und Schülern sowie die Janusz-Korczak-Schule in Sinzig mit dem Förderschwerpunkt Lernen und ca. 130 Schülerinnen und Schülern.

Somit habe die Aufgabe nach der Flut darin bestanden, eine Lösung für die Unterbringung von ca. 300 der insgesamt rund 500 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu finden. Im Ergebnis sehe diese Lösung seit dem ersten Schultag nach den Sommerferien folgendermaßen aus. Die Schülerinnen und Schüler der Levana-Schule seien auf die Standorte der Christiane-Herzog-Schule sowie der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied aufgeteilt worden. Die Schülerinnen und Schüler der Don-Bosco-Schule seien auf die Standorte Wimbach – zwei Klassen –, Burgbrohl und Sinzig – je ungefähr sechs bis acht Klassen – aufgeteilt worden. Dies verdeutliche, wie viele zusätzliche Schülerinnen und Schüler nun an den Standorten in Neuwied, Burgbrohl und Sinzig aufgenommen worden seien. An der Janusz-Korczak-Schule beispielsweise seien im vergangenen Schuljahr 108 Schülerinnen und Schüler unterrichtet worden. Nun wuselten ziemlich genau 200 Schülerinnen und Schüler durch das Gebäude.

Aus heutiger Sicht sei es eine grundlegend gute und richtige, vielleicht an manchen Stellen auch alternativlose Entscheidung gewesen, die Schülerinnen und Schüler der Levana-Schule sowie der Don-Bosco-Schule auf diese anderen Standorte zu verteilen.

Das Ziel, für das sich alle Beteiligten aus dem Förderschulbereich eingesetzt hätten, sei gemeinsam als Team erreicht worden: Seit dem ersten Schultag nach den Sommerferien werde jedes Kind mit Förderbedarf täglich beschult und somit individuell gefördert. Die Beteiligten hätten es geschafft, den Kindern, wenn auch an anderer Stelle und teilweise in sehr improvisierten Räumen, ihre zumindest personell gewohnte Lernumgebung anzubieten. Die Kinder hätten im Klassenverband verbleiben können und die ihnen vertrauten Lehrpersonen und Mitschüler um sich. Bei allen

Schwierigkeiten und Problemen, die noch vorhanden seien, könne er sagen, er und seine Kolleginnen und Kollegen sähen in ihrem Alltag regelmäßig, sogar fast täglich, strahlende Kinderaugen. Das, so seien sich wahrscheinlich alle Anwesenden einig, sei das Wichtigste.

Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, habe organisatorisch einiges geleistet werden müssen, und dies sei auch weiterhin der Fall. Vieles davon müsse schnell, möglichst pragmatisch und unbürokratisch geleistet werden, vieles vor Ort, einiges in Koblenz, Trier oder Mainz, manches beim jeweiligen Schulträger. Im Namen aller beteiligten Schulgemeinschaften der Förderschulen richte er ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten, die zur Lösungsfindung und Umsetzung beigetragen hätten.

Sowohl Lehrer als auch Schulleitungen schimpften im Alltag auch schon einmal ganz gerne „nach oben“. Was er und seine Kolleginnen und Kollegen allerdings von Tag eins der Katastrophe an vonseiten der ADD und des Ministeriums für Bildung hätten erfahren dürfen, habe sie tief und nachhaltig beeindruckt. Eine ständige Gesprächsbereitschaft, ein dauerhaftes überaus empathisches Kümmern, der individuelle Blick für die betroffenen sowie die aufnehmenden Schulen hätten alle Beteiligten sehr gestärkt.

An dieser Stelle danke er im Namen aller Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich dem Ministerium für Bildung, stellvertretend Staatsministerin Dr. Hubig, Frau Schott und Frau Brück, sowie der ADD, stellvertretend Herrn Linnertz, Frau Paul und den zuständigen Schulaufsichtsbeamten Frau Lohse und Herr Brüdern. Sie hätten hervorragende Arbeit geleistet. Kurzfristige und gefühlt unbürokratische Lösungen wie Sonderurlaub für schulisches Personal, zusätzliche Einstellungen von pädagogischem Personal, der schnelle und unkomplizierte Abschluss von PES-Verträgen, zusätzliche FSJ-Stellen und insbesondere die psychosozialen Angebote für Lehrer wie Schüler hätten manches erleichtert und sorgten im Ergebnis dafür, dass die Schülerinnen und Schüler die bestmögliche Förderung erhalten könnten.

In diesem Zusammenhang sei aber am wichtigsten, dass sich alle gesehen, gehört und verstanden fühlten. Die Schulen würden in den Blick genommen und die Lehrerinnen und Lehrer ebenso wenig wie die Schülerinnen und Schüler allein gelassen. Dies sei auch weiterhin dringend notwendig. Daher wolle er seinen Dank nicht als abschließenden Dank, sondern als positive Bestärkung verstanden wissen.

Auch der Schulträger habe durch die zeitnahe Beschaffung von Containern und die überwiegend gute Organisation des individuellen Schülertransports zur Lösung beigetragen. Auch hierfür sei zu danken. Räume in den noch intakten Schulen zu generieren, sei dann Aufgabe der jeweiligen Schulen gewesen. An dieser Stelle gelte den vielen Kolleginnen und Kollegen, deren Partnern und insbesondere den Hausmeistern, Sekretärinnen, FSJ-lern und Schülern ein großes Lob und Dank, dass diese in den Ferien an vielen Tagen mit angepackt hätten. Wiederum als Team sei an dieser Stelle Großartiges geleistet worden. Darauf könne man als Schulleitung stolz sein.

Wo Licht sei, sei aber auch etwas Schatten. Die Frage sei, mit Blick auf welche Relation in der aktuellen Situation von gut oder angemessen gesprochen werde. Gut sei, dass alle Förderschüler täglich eine Schule besuchen könnten. Er frage aber, ob es auch noch gut sei, vier Monate nach

der Flut keine ordentlichen Tafeln in den improvisierten Klassenräumen zu haben. Dürften die Betroffenen dies bemängeln, oder sei dies in Relation zu anderen Problemen nicht verhältnismäßig? Könnten sie mit dem Erreichten zufrieden sein, seien Bedingungen für Lehrende und Lernende gut, angemessen, würden sie mit der Zeit besser? So oder so, vieles sei und bleibe subjektiv und manchmal sehr von den individuellen Emotionen gesteuert.

Fakt sei, dass fast nichts sei wie vorher. Vieles stelle ein Provisorium dar, und die Belastung aller sei sehr hoch. Wenn er seine Gäste in Sinzig frage, wie es ihnen gehe, laute die Antwort oft: Gut, alles in Ordnung. – In Wahrheit heiße dies aber übersetzt: Vieles könnte besser sein, aber man wolle nicht klagen. Sie müssten doch froh sein, hier zu sein. Sie wollten nicht zur Last fallen, schließlich seien sie Gäste. Fehlende Tafeln, kein fließendes Wasser in provisorischen Klassenräumen, kein Platz für privates Lehrmaterial, sofern dieses überhaupt noch vorhanden sei, stickige Luft im Container, und das während der Corona-Pandemie, die Schüler der anderen Schule, die während des eigenen Unterrichts in der Pause und einfach nur laut seien. Man könnte viele Dinge aufzählen, die an den Nerven der Kolleginnen und Kollegen, aber insbesondere auch der Schulleitungen zehrten.

Er wolle anhand eines aktuellen Beispiels verdeutlichen, wie sich die Gefühlswelt der Kolleginnen und Kollegen darstelle. Am Standort in Sinzig sei gemeinsam St. Martin gefeiert worden. Der Förderverein der Don-Bosco-Schule habe für die aufnehmende Schule Schokoriegel gespendet, St. Martins Schokolade zum Fest des Teilens, als Dank für das Teilen des Schulgebäudes. Neben den strahlenden Kinderaugen beim Blick auf die Schokolade seien bei den Kolleginnen und Kollegen Tränen geflossen, nachdem er versucht habe, den Zusammenhang des Fests zur aktuellen Situation aufzuzeigen. Dadurch werde einem wieder verdeutlicht, in welcher Situation man sich befinde, begleitet mit der Frage, ob das nächste St. Martins Fest unter gleichen Bedingungen ablaufen werde.

Die Frage nach der Zukunft stehe derzeit insbesondere bei den Förderschulen über allem. Dies sei aktuell ihr größtes Problem. Während an anderen Schulen schon mehr oder weniger stark saniert werde und bereits erste Daten für eine Rückkehr feststünden, hätten die Förderschulen bis vor einer Woche auf das Gutachten warten müssen. Berichte in Zeitungen und im Radio vermeldeten die baldige Rückkehr an die alten Standorte, nur für die Förderschulen könne man gleiches noch nicht verkünden.

Er bitte die Anwesenden, sich vorzustellen, sie erkrankten plötzlich schwer. Um die Schwere der Krankheit und die möglichen Folgen zu erörtern, unterzögen sie sich einer ärztlichen Untersuchung, und nun warteten sie auf das Ergebnis, auf die genaue Diagnose ihres Gesundheitszustands, die für sie existenzielle Bedeutung habe. Das Warten sei das Schlimme, nicht die Diagnose selbst. Wenn die Diagnose und ihre Folgen bekannt seien, könnten sie damit arbeiten, aber die Ungewissheit quäle. Die Kolleginnen und Kollegen, die Eltern, die Schulleitungen und die Schüler wollten eine Perspektive aufgezeigt bekommen; alle wollten wissen, wann es wie weitergehe.

Das Signal aus der Kreisverwaltung Ahrweiler vom vergangenen Montag habe nicht die von allen erhoffte Perspektive eröffnet, insbesondere nicht für die Levana-Schule. Ein weiteres Gutachten sei beauftragt. Wieder gelte es zu warten. Er bezweifle nicht, dass das weitere Gutachten sinnvoll

sei, halte aber eine zeitgleiche parallele Erarbeitung von Lösungen für den Fall A und den Fall B für dringend erforderlich. Dass mindestens die Levana-Schule nicht an diesem Standort bleiben könne, sei aus seiner Sicht eine Wahrheit, die eigentlich schon längst ausgesprochen werden könnte. Gleichzeitig müsste nun mit Hochdruck an einem neuen Standort und der Planung eines neuen Gebäudes gearbeitet werden. Dies sei allerdings – zumindest nach seinem Kenntnisstand – nicht der Fall.

Von der Kreisverwaltung sei in der letzten Ausschusssitzung öffentlich eine klare Priorisierung bei der Abarbeitung der schulischen Fragen geäußert worden. Die Förderschulen stünden hinten an. Die zeitnahe Zusammenführung der jeweiligen Schulgemeinschaften habe für die Schulleitungen oberste Priorität. Die vonseiten des Kreises geäußerte Priorisierung sei für sie nicht nachvollziehbar und insbesondere für die Levana-Schule ein falsches Signal. Erhofft werde auch durch die Mitwirkung des Landes ein schnelleres und gemeinschaftliches Vorgehen zum Wohl der Schülerinnen und Schüler. Damit sei auch der Wunsch nach mehr und besserer Kommunikation verbunden. Gerade jetzt bedürfe es einer proaktiven, offenen und transparenten Kommunikation des Schulträgers insbesondere mit Blick auf die Zeitpläne. Die Schulleiter seien diejenigen, die zuerst die vielen Fragen gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern, den Kindern und den sonstigen an Schule beteiligten Personen beantworten müssten. Leider könnten sie dies aber immer noch nicht.

Damit bestmögliche und zügige Lösungen erreicht werden könnten, müsse zukünftig also mehr miteinander statt übereinander gesprochen werden. In den Wochen nach der Katastrophe habe er an vielen Besprechungen in den unterschiedlichsten Besetzungen teilgenommen. Nie hätten alle Beteiligten – Schulträger, Schule und Vertreter des Landes – an einem Tisch gesessen. Aus seiner Sicht brauche es runde Tische, an denen die Schulträger, das Land und die Schulleitungen teilnähmen. Die Schulgemeinschaft – also Schulleitung, Schulelternbeirat und ÖPR – müsse in die Entscheidungsfindung über mögliche neue Standorte oder Sanierungen stärker eingebunden werden. Dies gelte in erster Linie für den Schulträger. Die Bitte der Schulen sei, auch vonseiten des Landes entsprechend auf den Schulträger einzuwirken. Das schulische Personal, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler sollten und müssten sich an dieser Stelle mitgenommen fühlen. So sollte dem bisher teilweise vorherrschenden Gefühl der Untätigkeit und der Perspektivlosigkeit vorgebeugt werden.

Abschließend wolle er auf einen Aspekt eingehen, den bereits Timo Lichtenthäler angesprochen habe. Im Moment höre man an vielen Stellen im Ahrtal, dass die Katastrophe auch als Chance gesehen werden sollte. Er halte es für wichtig, dies auch für den Bildungsbereich und die Schulen im Ahrtal in den Blick zu nehmen. Die anstehenden Veränderungen – möglicherweise auch baulicher Art – bei den Förderschulen böten die Chance, manche Bausteine auch im Förderschulbereich in dieser Region neu zu denken und zum Wohle der Schülerinnen und Schüler zu modernisieren. Hierzu zählten insbesondere zwei Bereiche: das Thema „Inklusion“ sowie das Thema „Umgang oder Angebot für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung“. In Gesprächen mit vielen anderen Kollegen werde sein Eindruck bestätigt, dass die Zahl der Schüler mit dem Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung grundsätzlich zunehme. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Entwicklung der letzten Jahre gerade im Förderschulbereich dem entgegenwirke. Daher bestehe ein Wunsch darin, die Bereiche Inklusion und

Umgang und Angebot für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung gemeinsam anzugehen.

Für diesen wie für alle anderen Bereiche gelte: Am besten gelinge dies gemeinsam, mit Kreis, Land und Schulleitung. Die Schulleitungen seien gerne bereit, ihre Ideen und Anregungen zeitnah einzubringen und auf ihre Umsetzbarkeit hin zu prüfen. Gerne brächten sie sich mit der restlichen Energie ein, um in einigen Jahren sagen zu können, dass sich dieses Engagement gelohnt habe. Er rufe also dazu auf, gemeinsam zum Wohle der Schülerinnen und Schüler anzupacken, damit auch weiterhin täglich der Blick in strahlende Kinderaugen möglich sei.

Vors. Abg. Giorgina Kazungu-Haß dankt Herrn Schmitt für sein großes Engagement. Eine Verdopplung der Schülerzahl an seinem Standort bedeute eine erhebliche Herausforderung.

Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig versichert, hinsichtlich der Förderschulen würden noch einmal Gespräche stattfinden, um Lösungen zu finden und den Betroffenen zeitnah Klarheit zu verschaffen.

Das Angebot von Herrn Schmitt hinsichtlich der Bereiche Inklusion sowie soziale und emotionale Entwicklung nehme die Landesregierung gerne an.

Abg. Astrid Schmitt bedankt sich zunächst bei Herrn Schmitt für sein Engagement und die Energie, die er sowohl für die Kolleginnen und Kollegen als besonders auch für die Schülerinnen und Schüler investiere.

Sie frage, wie sich die aktuellen Umstände auf die Fahrzeiten der Schulbusse auswirkten, und wie die diesbezügliche Situation eingeschätzt werde.

Andreas Schmitt antwortet, grundsätzlich sei jeder Fall individuell zu betrachten. Probleme gebe es aber sicherlich, wenn Schülerinnen und Schüler aus dem Einzugsgebiet des Landkreises Ahrweiler bis nach Neuwied gefahren werden müssten. Dies nehme entsprechend Zeit in Anspruch, vor allem, da es nicht nur um Einzelstrecken gehe, sondern – wie es im Förderschulbereich die Regel sei – Sammeltransporte mit mehreren Kindern durchgeführt würden, für die unterschiedliche Orte angesteuert werden müssten. Das bedeute, effektiv entstünden in manchen Fällen Fahrzeiten von über 90 Minuten.

Sein Eindruck aus den Besprechungen mit den beteiligten Personen etwa der ADD oder des Ministeriums für Bildung sei, dass sich ausführlich mit dieser Thematik beschäftigt und versucht werde, für alle die bestmögliche Lösung zu finden. Er glaube, so sei es an vielen Stellen wirklich gelungen, den Tagesablauf so anzupassen, dass es insbesondere mit Blick auf die besonderen Schülerinnen und Schüler der Levana-Schule nicht zu einer absoluten Überforderung komme.

Grundsätzlich sei die Situation aber schwer, weshalb das Ziel und der Wunsch sei, dass die Schule schnellstmöglich wieder in den Landkreis zurückkehren könne und schnell ein Angebot für die Schüler gefunden werde. Sein Wunsch – insbesondere an den Schulträger gerichtet – sei, dass gerade für diese Schule schnell eine Lösung gefunden werde, weil eine Zwischenlösung für dieses Schülerklientel nur schwer vorstellbar sei. Deswegen gelte es aus seiner Sicht, schnell einen Neubau in den Blick zu nehmen. Die Zeit, die nun verloren gehe, könne in der Bauphase sicherlich

nicht wieder aufgeholt werden. Die bestehenden Wahrheiten müssten ausgesprochen und die entsprechenden Maßnahmen zeitnah angegangen werden.

Ursula Bell (Grundschulrektorin der Grundschule Bad Neuenahr) begrüßt, dass echtes Interesse an der Situation der Menschen vor Ort spürbar sei. Als sie die Einladung zu dieser Sitzung erhalten habe, habe sie zunächst gedacht, sie müsse alle Grundschulkollegen abtelefonieren und nach ihrer Situation befragen, da sie nicht nur für sich selbst sprechen könne. Dies sei aber einfach nicht möglich gewesen, dafür fehle ihr die Zeit. Daher bitte sie, es ihr nachzusehen, dass sie im Folgenden nur aus ihrer Sicht über ihr System berichte. Manche Dinge seien übertragbar, viele aber auch nicht. Schulen seien ohnehin sehr individuell und nun auch von der Flut sehr individuell betroffen. Auch wenn sie oft den Gedanken habe, ihre Schule stehe eigentlich ganz gut dar, gebe es auch immer wieder Momente, wie am heutigen Morgen, in denen man verstärkt mit der Situation hadere.

Im Rahmen ihres Berichts wolle sie zunächst schildern, wie die Situation an ihrer Schule vor der Flut gewesen sei und was ihr System ausgemacht habe. Dann solle es um die Lage nach der Flut gehen. Schließlich werde sie auch den Aspekt der Chance in der Krise ansprechen.

Sie und ihre Kollegen hätten in der ersten Dienstbesprechung nach der Flut gespürt, dass ihnen Staatsministerin Dr. Hubig zugehört habe. An diesem Tag – dem zweiten Tag, an dem sie die Schule hätten betreten dürfen und an dem sehr viele Menschen damit beschäftigt gewesen seien, gemeinsam den Matsch mit Eimern herauszuschaffen – sei sie zunächst skeptisch gewesen, weil sie sich dort habe hinsetzen und erzählen sollen. Sie habe dennoch gehofft, dass sie Unterstützung erhalten würden, und es sei dann sehr schnell spürbar gewesen, dass echte Unterstützung geleistet werde. Dies tue einfach gut. Wenn dann noch die Unterstützung von außen, etwa durch Spenden, hinzukomme, denke man nicht ans Aufgeben, so hart die Situation manchmal auch sei.

Die Grundschule Bad Neuenahr sei eine Stadtteilschule, die vor dem 15. Juli 2021 von 340 Kindern besucht worden sei. Die Schule sei vier-, in einer Stufe sogar fünfzünftig. Die Schülerschaft sei sehr bunt gemischt und heterogen. Adem Prebeza sei auch ein ehemaliger Schüler, und sie sei sehr stolz auf das, was er heute geleistet habe. Die Schülerschaft sei in Bezug auf die familiären, finanziellen und kulturellen Hintergründe wirklich sehr unterschiedlich. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund belaufe sich auf bis zu 75 %, was ein hoher Wert sei. Dieser Migrationshintergrund falle bei den einzelnen Familien unterschiedlich stark ins Gewicht. Dies mache das Schulleben manchmal sehr interessant. Die Schulgemeinschaft sei temperamentvoll, aber sehr herzlich.

Auch wenn es sich bei der Grundschule Bad Neuenahr nicht um eine Schwerpunktschule wie bei den Kollegen in Ahrweiler handele, würden dort natürlich auch Kinder mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache inkludiert, wobei eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Kollegen bestehe. Wenn Eltern dem Förderschwerpunkt, auch dem sozialen und emotionalen, widersprächen, besuchten die Kinder ihre Einrichtung. Auch dies sei Teil ihrer Schule, die von vielen Kindern mit einem von den Eltern nicht anerkannten Förderschwerpunkt besucht werde. Dafür existierten selbstverständlich – auch schon vor der Flut – Förderschulkräfte und Förderprogramme. Gemeinsam mit dem Jugendamt und den Kitas würden sehr gute Programme umgesetzt, beispielsweise das Projekt „Schultüte plus – Stark starten“ und das Indianerprojekt. Diese hätten in die richtige Richtung hin gearbeitet, da sie auf eine frühe Förderung und eine enge Vernetzung abgezielt hätten, wofür sie dankbar sei. Diese Angebote gelte es, nach der Corona-Pandemie und der Flutkatastrophe auszubauen.

In ihrem System bestehe außerdem eine sehr akute Raumnot und ein Sanierungsstau. Der Träger und die Politik überlegten seit etwa zehn Jahren, wie damit umzugehen sei. Es sei bekannt, dass die Grundschule Bad Neuenahr zu klein sei. Jetzt sei sie leider etwas geschrumpft. Am 8. Juli 2021, eine Woche vor der Flut, habe der Stadtrat endlich die Entscheidung getroffen gehabt, dass die Grundschule grundlegend saniert und ein Anbau errichtet werden solle. Dies sei nicht unbedingt ihre Wunschlösung gewesen, dies tue an dieser Stelle aber nichts zur Sache. Zunächst seien sie und ihre Kolleginnen und Kollegen froh gewesen, dass endlich eine Entscheidung gefallen sei, und hätten gedacht, nun gehe wenigstens etwas voran und könnten Lösungen geschaffen werden. Dann sei aber die Flut gekommen, und nun sei der Sanierungsbedarf natürlich um ein Vielfaches gestiegen.

Die Flut habe etwa 40 Familien an ihrer Schule direkt – auch schwer – betroffen. Es gebe Kinder, die gesehen hätten, wie der Nachbar von gegenüber sich nicht mehr an der Dachrinne habe festhalten können. Zwölf Kollegen – dies sei knapp die Hälfte des Kollegiums – seien auch selbst stark von den Folgen der Flut betroffen. Indirekt sei aber natürlich jeder in irgendeiner Form betroffen, da jeder habe schauen müssen, wo er habe langlaufen können. Sie habe bei ihrer morgendlichen Fahrt zur Schule auf der einzigen Brücke immer extra angehalten, damit die Schüler diese irgendwie hätten überqueren können. Ganz am Anfang sei die Situation wirklich sehr schwierig gewesen. Überall hätten auch noch Kabel herausgeragt. Als sie darum gebeten habe, die Kabel abzuschneiden, damit niemand darüber stolpere, sei geantwortet worden, dann wisse man nachher nicht mehr, dass dort eine Lampe gewesen sei. Sie versuche, immer etwas Positives in der Situation zu finden, etwa, dass die Kinder viel lernten, zum Beispiel, dass man die Augen aufmachen müsse. Sie habe sich sehr oft in den Schilderungen von Frau Stahl wiedererkannt. Sie bewundere die Anwesenden, die sich diese Schilderungen nun so oft anhören müssten, aber die Situation sei am Anfang wirklich nur schwer auszuhalten gewesen, und jeder sei irgendwie betroffen gewesen, weil er einen Schulweg zu absolvieren gehabt habe, weil die Infrastruktur nicht vorhanden gewesen sei und er dann im Gebäude der Schule habe sitzen müssen.

Das Gebäude der Grundschule Bad Neuenahr sei stark von den Folgen der Flut betroffen. Der gesamte Keller sei nicht nutzbar. Die beiden Sporthallen, die zuvor stets von Klassen belegt gewesen seien, könnten erst in eineinhalb Jahren wieder genutzt werden. Das gesamte Erdgeschoss sei zerstört gewesen. Am Freitag und Samstag nach der Flut – dies sei ein schwieriges Wochenende gewesen – hätten sie und ihre Kollegen noch auf die Freigabe für das Betreten der Schule gewartet. Die Schulen, bei denen es sich um öffentliche Gebäude handele, hätten zunächst nicht betreten werden dürfen, da zuvor habe geklärt werden müssen, wie es um die Statik bestellt sei. Als die Erlaubnis zum Betreten dann erteilt worden sei, habe sie zunächst ungefähr eine halbe Stunde allein an der Schule verbracht und sich gefragt, was sie nun tun solle. In dieser Situation fange man dann einfach an. Sie habe die Aula geöffnet und die ersten Stühle hinausgetragen. Nach und nach seien dann immer mehr Menschen hinzugekommen. Diese Unterstützung habe sie wirklich getragen. Es seien ehemalige FSJ-ler, Eltern, sehr viele Kollegen und die Bundeswehr gekommen. Auf diese Weise habe die Schule eine große Hilfe erfahren.

Als dann irgendwann der Boden zum ersten Mal sichtbar gewesen sei, sei in ihr die Vision entstanden, es könnte funktionieren. Sie glaube, zu diesem Zeitpunkt hätten sie noch viele Menschen belächelt, aber mit der Rückendeckung des Schulträgers, des Schulleiternbeirats, der ADD, des Ministeriums, der Unfallkasse sowie des Instituts für Lehrgesundheit hätten sie es wirklich geschafft und dieses Gebäude für die Kinder wieder nutzbar gemacht. Die Kinder hätten aber auf dem blanken Estrich gesessen. Die Wände seien immer noch nicht verschlossen, da sie festgestellt hätten, dass sie noch zu feucht seien und sich sonst Schimmel bilde.

Am ersten Schultag nach den Ferien habe sie sich schon ein bisschen geschämt und sich gefragt, was sie den Kollegen zumute. Sie habe aber großen Wert darauf gelegt, den Kindern das gewohnte Umfeld bieten zu können.

Sie habe auch sehr begrüßt, dass die Klassen in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben könnten, obwohl die Klassenmesszahl in fast allen Klassen unterschritten sei. Sie habe sich sehr über die Garantie vonseiten der ADD und des Ministeriums für Bildung gefreut, dass der Klassenverband erhalten werden könne, denn dies sei immens wichtig.

Keine Lehrkraft habe abgeordnet werden müssen, sondern es sei sogar noch eine zusätzliche hinzugekommen. Dabei handele es sich um Frau Conrad, eine ehemalige Schulleiterin, die ihrer Kenntnis nach zuvor bereits bei der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen und der ADD tätig gewesen sei. Diese habe sie eines sonntags morgens angerufen und ihr mitgeteilt, dass sie ab Montag in ihrer Schule arbeiten werde. Dies habe sie zunächst sehr überrascht, und sie habe sich gefragt, ob nun jemand an die Schule komme, der schaue, wie sie die Krise meistere oder untergehe. Das wichtigste, was sie in dieser Krise gelernt habe, sei aber, viel offener zu sein und Dinge direkt anzusprechen. Daher habe sie gegenüber Frau Conrad offen angesprochen, dass ihre Anwesenheit zuerst wirklich eine Last für sie bedeute und sie unter Druck setze. Sie habe ihr das Versprechen abgenommen, offen zu sein, und ab diesem Moment sei der Knoten geplatzt und es sei eine große Offenheit möglich gewesen. Es sei klar gewesen, dass sie nicht mehr perfekt sein müssen, wie es sonst immer so oft in den Schulen das Ziel sei. Es sei aber noch nie so offensichtlich gewesen wie in diesem Jahr, dass beispielsweise keine perfekte Einschulungsfeier möglich sein werde.

Dadurch habe sich ein Schalter umgelegt, und nun gehe es einfach darum, zu versuchen, wirklich das Beste aus der Situation zu machen, so schwer dies manchmal sei, zusammenzuhalten und zu versuchen, Verständnis füreinander zu haben. Die geleistete, auch ganz praktische Unterstützung, beispielweise durch Frau Schott und Frau Conrad, erhalte die Motivation und lasse einen durchhalten.

Als klar gewesen sei, dass die Schule in ihr Gebäude zurückkehre, habe noch viel ausgehalten werden müssen, da nicht jeder mit dieser Entscheidung einverstanden gewesen sei. Eine Aufteilung auf andere Standorte habe sie aber für eine viel schlechtere Alternative gehalten, was nach und nach auch alle Beteiligten eingesehen hätten. Wirklich umzusetzen, dass am alten Standort in das neue Schuljahr gestartet werden könne, wäre aber ohne den Träger, ohne die Kollegen sowie die vielen Helfer und Institutionen, die dahinter stünden, nicht möglich gewesen.

Dass der zuständige Schulrat dann irgendwann seine Zustimmung erteilt habe, sei ein Glücksfall gewesen, denn den Kindern seien die äußeren Umstände egal. Die Erstklässler wüssten gar nicht, wie es in einer Schule aussehe und erwarteten demnächst vielleicht immer einen blanken Estrich. Dies sei aber auch nicht schlimm. Natürlich sei die Situation alles andere als optimal, wichtig sei aber gewesen, zunächst einmal zusammen sein zu können und sich in dieser Zeit auch um das seelische Wohl der Kinder zu kümmern. Meistens gehe es allen gut, und wenn es einer Lehrkraft, einem Kind oder einem Elternteil nicht gut gehe, sei bekannt, an welcher Stelle sie Hilfe erhalten könnten. Dies sei sehr gut, da auch diese schwarzen Tage notwendigerweise Teil der aktuellen Situation seien.

An ihrer Schule versuchten alle Beteiligten durchzuhalten, was mal leichter und mal schwerer falle, und trotz allem hofften sie für ihr System – das eigentlich wirklich ganz gut dastehe – auf eine nachhaltige Perspektive. Der Träger habe enorme Unterstützung geleistet, und jeder habe sein

Bestes gegeben, um den aktuellen Zustand zu ermöglichen, aber die Zerstörung vor Ort sei einfach zu groß, als dass man diese Aufgabe allein schaffen könnte. Nachdem der Schulbetrieb zunächst in einem Provisorium gestartet sei, werde nun eine nachhaltige Perspektive benötigt.

An der Grundschule Bad Neuenahr sei man immer sehr stolz auf die Aula gewesen. Laut Schulbaurichtlinien gebe es keine Aula mehr, sondern einen Mehrzweckraum, weshalb für den Erhalt der Aula gekämpft worden sei. Da nun aber auf einen Schlag acht Klassenräume gefehlt hätten, seien Trennwände in die Aula eingezogen worden, um zwei Behelfsräume zu errichten. Natürlich habe sie dieser Maßnahme zugestimmt, aber wenn sie sich den aktuellen Zustand heute betrachte, frage sie sich, ob dies bereits die Sanierung gewesen sei und die Trennwand, die eigentlich, wenn überhaupt, flexibel habe sein sollen, um auch weiterhin die Bühne nutzen zu können, nun für die nächsten 30 Jahre erhalten bleiben werde. Diese Situation mache nachdenklich, und daher werde eine zukunftsfähige Perspektive benötigt.

Im Rahmen des guten Programms „Aufholen nach Corona“ habe sie glücklicherweise direkt gute PES-Kräfte, die ihr bereits bekannt gewesen seien, Studentinnen und ehemalige FSJ-ler aktivieren können, die einen wirklich guten Job machten. Das „Aufholen nach Corona“ falle nun mit der Bewältigung der Folgen der Flut zusammen sowie mit aktuell erneut steigenden Infektionszahlen, die verdeutlichten, dass dieses Problem noch nicht überstanden sei. Daher sei die Zukunft ungewiss. Dennoch habe sich ihr Kollegium in der Dienstbesprechung in der vergangenen Woche dazu durchgerungen, sich jetzt auch pädagogisch noch einmal neu aufstellen zu wollen. Dazu lägen ihnen tolle Angebote von außen, von Schulentwicklern, vor. Nun gehe es darum, die Kraft zu mobilisieren, die Situation auch als Chance zu begreifen und sich weiterzuentwickeln. Dazu würden Gespräche mit Schulentwicklern sowie mit Personen geführt, die bereits Erfahrungen im Bereich des zukunftsfähigen Schulbaus gesammelt hätten. Nun müsse Aufbau an vielen Orten erfolgen, und dabei gelte es zu schauen, wie diese Bauten für die nächsten 50 Jahre zukunftsfähig gestaltet werden könnten.

In dieser Situation müssten Dinge wie eine Schulbaurichtlinie auch einmal infrage gestellt werden, und es müsse geschaut werden, wie diese dem inklusiven Charakter, den im Grunde jedes Schulsystem durchsetzen müsse, gerecht werden könne. Dieser Aspekt stehe bei manchen Schulen selbstverständlich stärker im Fokus als etwa bei einer Regelschule, in allen Bereichen gelte es aber unbedingt, etwas zu entwickeln, das dem inklusiven Charakter gerecht werde und Differenzierung sowie Individualisierung ermögliche. Dies stelle eine große Chance dar und könne Modellcharakter für eine Region haben.

Jetzt bestehe die Möglichkeit, ganz grundlegend zu überlegen, welche Bedingungen erfüllt sein müssten, damit Lernen gelinge. Aktuell sei ganz wichtig, dass sich auch in einem System wie dem ihren, das sich eigentlich in einem ganz guten Zustand befinde, nun tatsächlich auf das Lernen konzentriert werden könne. Am heutigen Morgen habe beispielsweise das Wasser im Gebäude nicht funktioniert. In einer solchen Situation müssten dann innerhalb kürzester Zeit Entscheidungen getroffen werden, da über 300 Kinder sonst nicht zur Toilette gehen könnten. Die Nerven der Verantwortlichen würden arg strapaziert, wenn solche Dinge spontan und unvorbereitet aufträten, dabei hätten ihre Schülerschaft und vor allem auch ihre Kollegen ein Lernen in einem stressfreien Raum verdient.

Die Baufirma, die mit der Sanierung der Schule beschäftigt sei, habe bisher oft Verständnis gehabt und erst um 13.00 Uhr mit den Arbeiten begonnen, aber auch zu diesem Zeitpunkt seien noch die Kinder und Kollegen von der Notbetreuung vor Ort. Es stelle sich also die wichtige Frage, wie ein

Gebäude überhaupt so grundlegend saniert werden und man trotzdem vor Ort in Ruhe lernen könne.

Trotz allem seien sie und ihr Kollegium positiv eingestellt und wollten genau den Fragen auf den Grund gehen. Sie seien es allen, den Kindern und den Kollegen, schuldig, möglichst gute Dinge herausfinden und umsetzen zu können.

Vors. Abg. Giorgina Kazungu-Haß dankt Frau Bell für ihren Beitrag und ihre Energie. Für die Abgeordneten sei es keine Last, ihr zuhören zu müssen, sondern sie seien dankbar, dass sie ihr zuhören dürften.

Abg. Sven Teuber bedankt sich bei Frau Bell für die viele positive Energie, die in ihrem Vortrag zum Ausdruck komme, die beeindruckend und ansteckend sei.

Er habe eine Nachfrage hinsichtlich des Aspekts der Notbetreuung. Der Bedarf der Eltern, die neben der alltäglichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf nun auch noch den Wiederaufbau umsetzen müssten, und der diesbezügliche Druck seien sicherlich nicht geringer geworden. Vor diesem Hintergrund bitte er um Auskunft, wie die Notbetreuung an der Grundschule Bad Neuenahr gestaltet werde. Von Interesse sei, ob ein zunehmender Bedarf erkennbar sei und diesem auch nachgekommen werden könne. Ferner erkundige er sich nach dem umgesetzten Programm. An einer Grundschule finde noch einmal eine andere Art des Lernens als an einer weiterführenden Schule statt, ein spielerisches Lernen, in dem auch einem Schulhof eine große Bedeutung zukomme und andere Aspekte mit eingebunden werden müssten.

Ursula Bell beschreibt, bei der Grundschule Bad Neuenahr handele es sich um eine große Ganztagschule. Stets hätten über 220, teils 225 oder 230 Kinder Ganztagsangebote besucht. Die Schule habe – selbstverständlich innerhalb der Vorgaben – ihr eigenes Modell entwickelt, das mit Stammgruppen arbeite und sich sehr eng an den Bedürfnissen der Kinder orientiere. Da sich die Ganztagschule aus einem ehemaligen Hort entwickelt habe, sei sie auch personell eigentlich komfortabel ausgestattet. Momentan zahle sich ebenfalls aus, dass sie immer sehr viele Lehrerwochenstunden in den Ganztage gesteckt habe, für eine gute Hausaufgabenbetreuung und Lernzeit. Aktuell werde kein Ganztage angeboten, sondern lediglich eine Notbetreuung. Das bedeute, die Stunden der Kollegen lägen nun – sie sei sehr dankbar, dass dies möglich sei – im Vormittag, was für die Kollegen eine immense Unterstützung bedeute, da diese Stunden effektiv genutzt werden könnten. Es würden kleine Gruppen gebildet, die sich in dieser Zeit auf dem Flur aufhielten. Momentan funktioniere dieses System, bei dem die Stunden vom Nachmittag in den Vormittag verschoben würden, gut, da sich so die Personalsituation verbessere.

Aktuell werde nur eine Notbetreuung angeboten, weil keine Mensa existiere und auch kein fließendes Wasser in allen Noträumen vorhanden sei. Aus diesem Grund werde das Essen auf dem Flur ausgegeben und anschließend in den Klassenräumen verzehrt. Anschließend finde ein freies Spiel statt. Inzwischen werde zudem ein tolles Projekt der Universität Koblenz-Landau umgesetzt. In dessen Rahmen kämen am Nachmittag zur Unterstützung Studenten an die Schule und führten mit den Kindern jeden Tag für zwei Stunden etwas Praktisches durch. Davon profitierten nicht nur die Studenten, sondern natürlich auch das Kollegium, was dadurch entlastet werde.

Die Notbetreuung werde im Moment sehr flexibel umgesetzt. Die Eltern könnten stets neue Anträge stellen. Die Zahl der Anträge nehme immer weiter zu, und dann müsse die Schule schauen, wie sie das Angebot organisieren und mit Personal ausstatten könne. Es handele sich aber natürlich

um ein Stückwerk und sei weit entfernt von einer Förderung. Trotzdem tue es den Kindern gut, weil sie freie Zeit hätten, spielten und Struktur erfahren.

Abg. Anke Beilstein stellt dar, am heutigen Tag – bereits bei der Besichtigung der Boeselager Realschule plus – sei wiederholt die Idee zum Ausdruck gebracht worden, in jeder Krise liege auch eine Chance. Dies sei oft leicht gesagt, ihrem Eindruck nach werde dieser Gedanke aber von den Anzuhörenden tief empfunden und in ihrer täglichen Arbeit beachtet. Herr Lichtenthäler habe diese Chance in Bezug auf den pädagogischen Bereich angesprochen. Frau Bell habe sich auch auf die Räumlichkeiten bezogen, die sich letztlich ebenfalls auf die pädagogischen Möglichkeiten auswirkten.

Wenn man sich mitten in der Bewältigung einer Krise befinde, sei es im Leben oft so, dass einem blitzartig Aspekte und Punkte einfielen, die wichtig für die Zukunft seien. Dann arbeite man weiter und habe diese am Ende des Tages vielleicht doch wieder vergessen. Daher würde sie interessieren, ob ein fester Kanal oder eine Sammelstelle existiere, um diese Punkte bereits jetzt einspeisen und sammeln zu können. Auch angesichts des Modellkonzepts wäre es wichtig, dass solche Gedanken und Erfahrungen nicht verloren gingen, sondern tatsächlich aufgegriffen würden.

Timo Lichtenthäler antwortet, die Lösung liege seiner Ansicht nach auf der Hand. In allen Wortbeiträgen sei schulartübergreifend zum Ausdruck gebracht worden, dass momentan jeder in seinem System denke und sich entsprechende Punkte notiere. Benötigt werde eine Runde, in der die Verantwortlichen der Schulträger, der Schulaufsicht, gerne auch das Ministerium für Bildung oder bildungspolitisch Verantwortliche, aber auch die Schulpraktikerinnen- und -praktiker vor Ort zusammenkämen. Die Praktiker wüssten, wie es vor Ort einmal ausgesehen habe und an welchen Stellen die Chance zur Veränderung bestehe. Darauf sollte sich der Dialog fokussieren. Es gehe nicht um eine große Gruppe von einhundert Menschen, die auch nicht weiterhelfe, sondern es bedürfe regionaler Gesprächsrunden, bei denen alle Verantwortlichen an einem Tisch säßen. Dann könne diese Aufgabe gelingen. Er und sein Kollegium hätten durch die Flut ihren Arbeitsplatz verloren, und nun sei es ihr großer Wunsch, an der Neugestaltung beteiligt zu sein.

Ursula Bell legt dar, sie wolle den heutigen Besuch im Ausschuss für Bildung dafür nutzen, ihre Ideen den Anwesenden darzustellen. Im Anschluss müsse gemeinsam eruiert werden, wie der Prozess konstruktiv fortgesetzt werden könne. Sie habe auch vernommen, dass sich das Ministerium für Bildung bereits Gedanken darüber mache, wie moderne Schulbauten aussehen könnten, was einen Modellcharakter haben könnte und wie sich dies Schritt für Schritt ausweiten lasse.

Sie sehe auch eine Chance darin, den aktuellen Geist der Solidarität und der Unterstützung weiter in die Zukunft zu retten. Dies müsse aber jedes System für sich selbst festlegen. Für ihre Schule könne sie sich auch sehr gut eine Öffnung ins Quartier vorstellen. Die Grundschule Bad Neuenahr wisse nicht genau, wie es mit ihr weitergehe, die Kita nebenan werde abgerissen und die Kita gegenüber werde vielleicht saniert, dort stünden nun Container. In dieser Situation könnte geschaut werden, wie eine sinnvolle Vernetzung gestaltet werden könnte, um so ein ganzes Quartier zu prägen.

Dazu gehörten dann auch weitere Aspekte. In anderen Ländern existierten sehr interessante Modelle, bei denen Förderangebote für Kinder – wie es teilweise bereits in Förderschulen der Fall sei – in den Schulen angeboten würden und bei denen die Therapeuten direkt in die Schulen kämen. Auf ähnliche Weise funktioniere das Indianerprogramm, bei dem die Kräfte in die Schule kämen und die Kinder während der Schulzeit förderten. Dies entlaste einerseits die Eltern, schaffe andererseits aber auch Synergieeffekte.

Auch die Vereine, die nicht vergessen werden dürften, die Sportvereine, Musikgruppen und Chöre müssten mit eingebunden werden. Diese hätten ebenfalls ihre Sportstätten verloren, weshalb aktuell bereits versucht werde, trotz des eigenen Platzmangels wenigstens einen Teil des Grundstücks zur Verfügung zu stellen, damit eine Art Spiel- und Sportplatz entstehen könne, auf dem Kinder nachmittags die Möglichkeit hätten, sich zu bewegen.

Natürlich gebe es immer auch einige Unzufriedene oder Menschen, die momentan zu geschwächt seien, aber generell sehe sie die Chance im Ahrtal mit dem Grundgedanken der Menschen, die aktuelle Aufgabe anpacken zu wollen, der die gesamte Region, Stadtteile oder Kommunen beflügeln könne. Sie halte es aber für falsch, nun ein Modell zu erarbeiten und dieses jedem System überzustülpen. Im Prinzip müsse jeder mit seinem eigenen Personal etwas umsetzen und entscheiden, in welche Richtung er sich – gemeinsam mit den Menschen, die das Viertel prägten – entwickeln wolle.

Britta Stahl mahnt an, hinsichtlich der Frage, wie die Schule der Zukunft aussehen solle, die Schüler mit einzubeziehen. Diese säßen in den Klassen und wüssten, an was es ihnen mangle und was sie benötigten, etwa kleinere Klassen oder eventuell zwei Lehrer.

Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig legt dar, diese Gedanken würden sich auch im Ministerium für Bildung gemacht. Am vergangenen Freitag habe die Auftaktveranstaltung für den Beteiligungsprozess „Schule der Zukunft“ stattgefunden, bei dem es nicht nur um das Lehren und Lernen in der Zukunft gehe, also darum, wie die Schule künftig in Bezug auf den Unterricht und die Fähigkeiten aussehen solle, sondern es müsse selbstverständlich auch darum gehen, wie sie digitalisiert sein müssten und was getan werden könne, damit Schulen in herausfordernden Lagen Schülerinnen und Schüler so gut fördern könnten, dass sie die gleichen Chancen wie alle anderen hätten. Zudem gehe es darum, wie die Schulen aussehen sollten und was sie benötigten, um beispielsweise moderne Lehr- und Lernmethoden verwirklichen zu können.

Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang laute „Clusterbauweise“. Vor drei Wochen habe sie die Freiherr-vom-Stein Grundschule in Koblenz besucht, die nun bereits einen Neubau in Clusterbauweise erhalte. Genau über diese Dinge gelte es sich Gedanken zu machen; vorhin habe sie auch bereits den Ersten Kreisbeigeordneten Gies auf diese Thematik angesprochen. Beispielsweise in Bezug auf die vor Beginn der Sitzung besichtigte Boeselager Realschule plus stelle sich angesichts der großen Fläche im Erdgeschoss, die früher die Musikräume und die naturwissenschaftlichen Räume beherbergt habe, die Frage, ob diese eins zu eins wieder aufgebaut werden sollten oder nicht auch andere Formate gefunden und die inzwischen gesammelten Erkenntnisse und Veränderungen genutzt werden könnten.

Die Landesregierung nehme die in dieser Sitzung angesprochenen Aspekte nicht nur mit, sondern habe diese Thematik bereits im Blick und unterstütze das Anliegen. Trotzdem gelte es aber auch stets zu bedenken, dass man sich am Rahmen des tatsächlich Machbaren orientieren müsse. Man könne nicht einfach planen, alles ganz neu und ganz anders zu machen, sondern müsse stets realistisch bleiben. Die Landesregierung teile grundsätzlich aber die Idee und die Vorstellung, und ihrem Eindruck nach habe auch Herr Gies durchaus ein offenes Ohr dafür, um Fortschritt zu erreichen.

Sie glaube ebenfalls, dass die von Herrn Lichtenthäler angesprochene große Runde perspektivisch benötigt werde. Aktuell gelte es vor Ort aber noch einiges zu sortieren. Nicht überall sei die Situation so, dass man sich bereits mit diesen Aspekten beschäftigen könne. Daher sei es vielleicht gut, zunächst noch in kleineren Runden miteinander zu sprechen. Generell halte sie es aber auch für

wichtig, dass diejenigen, die in den Schulen arbeiteten und lernten, ihre Gedanken und Ideen mit einbringen könnten. Auch in Bezug auf die „Schule der Zukunft“ bestehe die Absicht, beispielsweise Eltern sowie Schülerinnen und Schüler miteinzubeziehen und so die unterschiedlichen Perspektiven mit aufzunehmen. Dies gelte es an dieser Stelle genau so zu tun.

Ziel sei, mit Blick auf die verschiedenen Vorstellungen möglichst viele Dinge umsetzen, realisieren und gestalten zu können. Dies müsse stets im vorgegebenen Rahmen geschehen, da man in seinen Handlungen nicht vollkommen frei sei. Die vorhandenen Spielräume sollten aber möglichst ausgeschöpft werden.

Siglinde Hornbach-Beckers (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit der Kreisverwaltung Ahrweiler) bedankt sich für die Gelegenheit, seitens des Kreises im Rahmen dieser Ausschusssitzung über die Situation der Kindertagesstätten berichten zu können.

(Die folgenden Vorträge werden mit einer Präsentation unterstützt – Vorlage 18/834 –)

Sie leite seit dem Jahr 2015 den Fachbereich Jugend, Soziales und Gesundheit in der Kreisverwaltung Ahrweiler, sei seit dem Jahr 1992 im Kreis bzw. bei der Kreisverwaltung tätig und zuvor Jugendamtsleiterin gewesen.

Die Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 habe das Leben für rund 40.000 Menschen im Kreisgebiet von jetzt auf gleich verändert, und die Folgen und Auswirkungen würden noch für mehrere Jahre spürbar sein. Die Menschen im Kreis Ahrweiler erlebten seit dem 14. bzw. 15. Juli einen veränderten Alltag.

Relativ früh nach der Katastrophe sei sich darum bemüht worden, Handlungsstrukturen aufzubauen, wobei es zunächst darum gegangen sei, kurzfristig zu agieren, existenzielle Dinge zu bearbeiten und sich einzubringen. Am 23. Juli 2021 sei ein Runder Tisch „Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur“ installiert worden. Der Arbeitsauftrag habe gelautet, Bedarfe einzuschätzen und vor allem kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen in den Blick zu nehmen.

Zunächst seien kurzfristige Maßnahmen erörtert worden. Am 19. Juli 2021 hätten die Sommerferien begonnen, sodass man sich zunächst unter Hochdruck darum bemüht habe, wie Ferienprogramme von den Jugendpflegerinnen und Jugendpflegern möglicherweise ein Stück weit verändert werden könnten, um Familien ad hoc zu entlasten.

Nachdem dem runden Tisch zunächst vier Organisationen angehört hätten, hätten sich ihm zwischenzeitlich rund 30 Organisationen angeschlossen. Jüngst seien auch die Organisationen, die sich in der Aktion Deutschland hilft e. V. zusammengeschlossen hätten, hinzugekommen. Es bestehe ein sehr guter Austausch mit Manuela Roßbach, und in der vergangenen Woche sei eine Videokonferenz mit allen angehörigen Organisationen durchgeführt worden.

Da ein solch großer runder Tisch kaum noch arbeitsfähig sei und mehr Informationen fließen, seien in der Folge fünf Schwerpunktgruppen gebildet worden. Diese beschäftigten sich einmal mit dem Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienbildungsarbeit sowie mit der Seniorenarbeit. Ziel sei, dass im Rahmen der Bewältigung der Krise und des Aufbaus alle Generationen in den Blick genommen und beteiligt würden, und zwar nicht in Form von Stellvertreterbeteiligungen, sondern angestrebt würden direkte Beteiligungsverfahren im direkten Lebensumfeld von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senioren. Es werde versucht, in der Fläche tätig zu werden, da der Ansatz auch zuvor darin bestanden habe, sozialräumlich dezentral zu arbeiten.

Der Bereich der psychosozialen Begleitung von Kindern, Jugendlichen, Familien und Erwachsenen habe von Beginn an besondere Aufmerksamkeit genossen. Dazu gehörten selbstverständlich auch die Kitas. Zunächst habe eine Arbeitsgruppe bestanden, die sich – aufgrund der Beteiligung des Jugendamts – nur auf Kinder und Jugendliche sowie Familien fokussiert habe. Zwischenzeitlich habe sich diese Arbeitsgruppe stark erweitert und versuche, alle Generationen mit zu berücksichtigen. In diesem Bereich, ansatzweise aber auch in den anderen Schwerpunktfeldern sei festzustellen, dass sehr viele Doppel-, Dreifach- und Parallelstrukturen existierten. Angesichts dessen versuche der runde Tisch, eine gewisse Steuerung vorzunehmen. Ob dies gelinge, könne noch nicht in Gänze beurteilt werden, je mehr Organisationen sich aber anschließen, desto klarer und transparenter werde die Handlungsweise.

Wie auch in der Presseberichterstattung habe nachgelesen werden können, sei der Begriff des Therapeuten nicht geschützt. Gerade im Bereich der psychosozialen Begleitung habe der runde Tisch daher entschieden, ausschließlich mit professionellen Fachkräften, insbesondere mit den Kliniken, die sich in der Kreisstadt befänden – der Dr. von Ehrenwall'schen Klinik sowie der DRK Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie –, zusammenzuarbeiten.

Darüber hinaus existiere eine weitere Schwerpunktgruppe, die Initiative „Jugendsozialarbeit, Schule, Handwerksberuf(ung) und Ausbildung“. Dieser liege die Tatsache zugrunde, dass die Prognosen im Bereich der Wirtschaft für das Handwerk eigentlich viel Positives vorhersagten. Es werde gehofft, dass dies auch eintrete, und es werde versucht, mit den Trägern im Bereich der Jugendsozialarbeit, den Jobcentern, der Agentur für Arbeit, der Handwerkskammer und weiteren Akteuren tatsächlich eine Ausbildungsinitiative für junge Menschen, die nach der Schule nicht unbedingt über optimale Startbedingungen verfügten, zu starten. Dabei werde sich auf Förderschulen und das Berufsvorbereitungsjahr in berufsbildenden Schulen konzentriert, die ebenfalls in der Arbeitsgruppe vertreten seien.

Bei der neuesten Schwerpunktgruppe handele es sich um einen Zusammenschluss der Wohlfahrtsverbände, für den noch kein Arbeitstitel festgelegt worden sei. Insgesamt habe sich also aus dem kleinen runden Tisch eine größere Struktur entwickelt, und die Beteiligten seien zuversichtlich, dass man gestärkt in die Zukunft gehen könne, um die Menschen bei ihrer Zukunftsgestaltung zu begleiten und zu unterstützen, sodass es ihnen gelingen werde, ihre Heimat wieder zur Heimat werden zu lassen, auch wenn der Alltag – sicherlich auch in Zukunft – ein anderer sein werde. Dies sähen sie als ihre Aufgabe an, und dafür bestehe eigentlich ein sehr gutes Miteinander.

Die Kitas hätten von Beginn an im Fokus gestanden, da tatsächlich 816 Plätze in neun Einrichtungen aufgrund von mittel- und langfristigen Schäden weggefallen seien. Ursprünglich sei von über 1.300 fehlenden Plätzen ausgegangen worden, da kaum Kontakt zu den Ortsgemeinden, die teilweise von der Außenwelt abgeschlossen gewesen seien, bestanden habe und so eine Schätzung habe vorgenommen werden müssen. Es habe sich dann aber herausgestellt, dass einige Einrichtungen glücklicherweise intakt geblieben seien, obwohl die Infrastruktur im Dorf stark gelitten habe. Die Kita in der Ortsgemeinde Schuld etwa sei überhaupt nicht beschädigt, weil sie auf einem Hügel bei der Kirche liege.

So seien es letztlich neun Einrichtungen, die mehr oder weniger stark beschädigt seien. Zwei dieser Kindertagesstätten befänden sich an der Mittelahr, die kommunale Kita in Hönningen sowie die katholische Kita in der Ortsgemeinde Dernau. Darüber hinaus befänden sich sieben weitere betroffene Kindertagesstätten in der Kreisstadt. In der Phase der kurzfristigen Maßnahmen sei das Ziel gewesen, mit Hochdruck Provisorien für alle betroffenen Kitas zu schaffen.

Lars Leyendecker (Abteilungsleiter Kindertagesbetreuung der Kreisverwaltung Ahrweiler)

verweist zunächst auf die eingeblendeten Fotos von sechs beschädigten Kitas. Fünf dieser Einrichtungen befänden sich in der Stadt Bad Neuenahr, eine in der Ortsgemeinde Altenahr. Auf dem Foto der Kita in Hönningen sei gut zu erkennen, wie hoch das Wasser dort gestanden habe. Das Gebäude sei eingeschossig, weshalb alle sehr froh seien, dass die Flut nicht über Tag aufgetreten sei. Weitere abgebildete Kitas seien die katholischen Kitas St. Pius, St. Laurentius, St. Mauritius, St. Hildegard und Blandine-Merten-Haus in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler. Bei der Kita St. Hildegard handele es sich um eine integrative Einrichtung mit zwei heilpädagogischen und drei integrativen Gruppen.

Diese Einrichtungen seien zum Teil so schwer beschädigt, dass noch offen sei, ob sie überhaupt saniert werden könnten oder abgerissen werden müssten. Dies sei manchmal eine wirtschaftliche Frage. Eine Einrichtung in Dernau sei bereits abgerissen, bei der Kita St. Pius werde es wahrscheinlich ebenso kommen. Die Kita St. Laurentius könne wahrscheinlich saniert werden. Die Kita Blandine-Merten-Haus in Heimersheim befinde sich neben der Grundschule von Frau Bell, und bei ihr stehe das Gutachten noch aus. Auch bei der Kita St. Hildegard sei noch offen, wie es weitergehe.

Die Fotos gäben grob den Zustand der Kitas wieder. Zum Teil sehe man auf ihnen noch das Wasser. Dies sei nicht das Wasser am Tag der Flut, sondern das Wasser an den Tagen nach der Flut, was immer noch da gewesen sei. Zum Teil hätten die Gebäude auch gesichert werden müssen. Die Kita St. Pius habe beispielsweise gesichert werden müssen, da sie zwischendurch einsturzgefährdet gewesen sei, weshalb niemand das Gebäude habe betreten dürfen. Daher sei es auch nicht möglich gewesen, Dinge aus dem Gebäude herauszuholen, bis die Statik vom THW geprüft worden sei.

Es sei gelungen, für alle neun Kitas eigene Provisorien zu schaffen, sodass keine Einrichtungen hätten zerschlagen oder zusammengelegt werden müssen. Zwei vereinzelte Einrichtungen seien zwar an zwei Standorten untergebracht, in dem einen Fall lägen aber nur einige Hundert Meter dazwischen. Ansonsten hätten aber alle Kitas zusammenbleiben können, was für die Teams, aber auch die Kinder wichtig gewesen sei, um wenn auch nicht in ihre gewohnte Umgebung, so zumindest zu ihren gewohnten Gruppen und Bezugspersonen zurückkehren zu können.

Eine klassische Lösung für ein Provisorium stellten Kita-Container dar. Eine Einrichtung in Heimersheim werde in dieser Woche fertiggestellt und eingeweiht und sei sogar komplett gespendet worden. Sie sei auf einem ehemaligen Bolzplatz im Stadtgebiet errichtet worden. Theoretisch wäre noch viel mehr mit Containern gearbeitet worden, allerdings stellten die Lieferzeiten – auch durch die Impfzentren – ein Problem dar. Auf der Suche nach Containern, die für Kitas geeignet seien, hätten sie deutschlandweit, bis zum Hamburger Hafen herumtelefoniert. Es hätten viele Angebote vorgelegen, von denen viele aber auch nicht so gut gewesen seien. So sei beispielsweise ein Provisorium mit einem Wasserschaden angeboten worden, welches in der aktuellen Situation nicht unbedingt geeignet erschienen sei.

Eine weitere Möglichkeit für Provisorien stellten Kita-Zelte dar. Dies sei nicht unbedingt die angestrebte Lösung, aber tatsächlich sei nun eine siebengruppige Einrichtung, für die nur schwer eine andere Lösung habe gefunden werden können und für die ebenfalls eine Container-Anlage bestellt worden sei, die gerade im Innovationspark aufgebaut werde, auf diese Weise untergebracht. Das Messezelt befinde sich auf einem Sportplatz in Lantershofen und sei von Messebauern gebaut worden. Es funktioniere, habe aber gewisse Tücken, so sei das Heizen nicht ganz einfach. Die Provisorien seien aber mithilfe von Messebauern so umgebaut worden, dass es sich nicht um einen

großen Raum handele, sondern eine Kita nachgebildet werde mit einzelnen Gruppenräumen und Schlafräumen, sodass man sich dem Raumkonzept nach in einer normalen Kita befinde. Dennoch bestünden überall gewisse Tücken, aber der Betrieb funktioniere, auch dank der Kitateams, die sich hervorragend eingebracht hätten.

Alle Provisorien seien von der Unfallkasse und bezüglich des Brandschutzes abgenommen worden. Auch mit dem Landesjugendamt und dem Ministerium für Bildung sei die Zusammenarbeit sehr gut gewesen, sodass alle Einrichtungen professionell abgenommen seien.

Drei weitere Kitas seien in Dorfgemeinschaftshäusern, die von der Gemeinde Grafchaft zur Verfügung gestellt worden seien, untergebracht worden. Die integrative Kita St. Hildegard sei beispielsweise in einem Dorfgemeinschaftshaus untergebracht, welches aus mehreren Gebäuden und einem Hof bestehe und so eine individuelle Gruppenarbeit gerade mit Kindern mit Beeinträchtigungen gut ermögliche. Das Kitateam habe mit großem Engagement und mit Messebauern zusammen die Räume gestaltet und sei eigentlich tatsächlich zufrieden in diesem Provisorium. Selbstverständlich könnten die Einrichtungen aber nicht auf unbestimmte Zeit in den Dorfgemeinschaftshäusern bleiben, weshalb es noch mehrere Container geben werde, die zum Teil bereits aufgebaut würden, zum Teil bestellt seien und zum Jahresende geliefert werden sollten. Im Moment seien aber alle Kinder versorgt.

Auch das Kloster Calvarienberg habe erfreulicherweise Räume zur Verfügung gestellt, in die eine fünfgruppige Kita komplett eingezogen sei. Die ehemaligen Klosterräume seien nicht mehr in so gutem Zustand gewesen und hätten zunächst ein bisschen renoviert werden müssen, weil schon lange niemand mehr in ihnen gelebt habe, aber es habe funktioniert, diese Räume zu sanieren. Die Einrichtung sei in sich geschlossen und es sei sogar ein kleiner Hof vorhanden, in dem die Kinder spielen könnten. Durch Spenden habe ein Sandkasten aufgestellt werden können, und so sei in das Kloster wieder richtig Leben eingezogen.

Nachdem die Provisorien geschaffen worden seien, gehe es jetzt um die mittelfristige und langfristige Planung. Zusammen mit den Trägern werde der Wiederaufbau geplant, und die Verwaltungsvorschrift Wiederaufbau sei in Kraft. Zum Teil müssten noch Zwischenlösungen gefunden werden. In den Dorfgemeinschaftshäusern werde man nicht bleiben können, bis alles wieder komplett aufgebaut sei. Die Lösung mit dem Zelt werde wahrscheinlich schon in ein paar Wochen passé sein, weil die Container aufgebaut und angeschlossen werden müssten.

Bei allen Kitas sei zu berücksichtigen, dass sie vom Hochwasser betroffen gewesen seien und ein Hochwasser erneut auftreten könne. Deshalb sei beim Aufbau der Hochwasserschutz sehr wichtig, was auch berücksichtigt werde und wozu Gespräche mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord geführt würden.

Gleichzeitig mache es in manchen Fällen keinen Sinn, Kitas wieder eins zu eins aufzubauen. Teilweise handele es sich um Kitas aus den 1970er- oder 1980er-Jahren; in Bezug auf Kleinkindbetreuung, das neue Kita-Gesetz, durchgehende Öffnungszeiten und Mittagessen bestünden heutzutage andere Anforderungen an Kitas als früher.

Die Finanzierung sei teilweise offen. Dies sei kein Kritikpunkt, sondern im Moment werde noch diskutiert, wie inhaltliche Anforderungen nach der Verwaltungsvorschrift Wiederaufbau gefördert werden könnten. Mit der ADD und dem Ministerium des Innern und für Sport werde im Moment die Frage geklärt, was rechtlich möglich sei. Auch das Landesjugendamt werde wahrscheinlich mit

einbezogen. Die Kitas könnten hoffentlich – mit einer Förderung – so aufgebaut werden, dass sie den neuen Anforderungen entsprechen.

Beim Wiederaufbau werde auch auf den Bedarf vor Ort geachtet. Übersteige der aktuelle Bedarf das vor der Flut bestehende Angebot, sollten entsprechend mehr Plätze entstehen. Fördertechnisch sei dafür eine Splittung notwendig, aber der Tatendrang und erste Pläne seien vorhanden.

Siglinde Hornbach-Beckers bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Land, den Trägern, den Kommunen sowie dem Landesjugendamt. Die Unterstützung sei vom ersten Tag an und in jeder Phase – in den Anfängen sei fast Tag und Nacht gearbeitet worden – spürbar gewesen, und die Hürden seien nicht allzu hoch gelegt worden.

Auch werde für die Personalisierung von fünf zusätzlichen Stellen durch das Land gedankt. Aktuell liege dazu ein Schreiben von Herrn Placzek vor. Erfreulich sei, dass zwei Vollzeitäquivalente für die zusätzlichen Bedarfe, die durch die Provisorien entstünden und inhaltlich die Traumatisierung berücksichtigten, bereitgestellt würden. Außerdem habe die unbürokratische Verfahrensweise im Rahmen der Betriebserlaubnisverfahren sehr gut funktioniert.

Wünschenswert sei eine Fortsetzung dieser guten Zusammenarbeit, wenn die Dorfgemeinschaftshäuser verlassen werden müssten und wieder eine Zwischenlösung entwickelt werden müsse.

Hinsichtlich der psychosozialen Versorgung und Beratung sei relativ früh ein Beratungsbus eingesetzt worden. Dieses 13 m lange Gefährt fahre eingerichtet mit zwei Büros durch die Orte. 13 Organisationen böten die Beratung an. Dieser Bus stehe draußen bereit und könne bei Interesse besichtigt werden.

Siglinde Hornbach-Beckers (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit der Kreisverwaltung Ahrweiler) sagt auf Bitte der **Vors. Abg. Giorgina Kazungu-Haß** zu, dem Ausschuss ihre Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Abg. Sven Teuber dankt den Anzuhörenden, dass sie sich die Zeit genommen hätten, den Ausschussmitgliedern ihr Engagement bei der Bewältigung der Katastrophe spüren zu lassen. Die SPD-Fraktion freue es zu hören, dass alle gemeinsam überparteilich an einem Strang zögen. Es werde an den unterschiedlichsten Stellen in den einzelnen Verwaltungen sehr gut miteinander gearbeitet, und die Rahmenbedingungen würden so weit wie möglich ausgedehnt, um den Interessen der Menschen gerecht zu werden. Den Anzuhörenden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kreisverwaltungen, den Verbandsgemeindeverwaltungen sowie den Trägerinnen und Trägern – bei den Kitas sei es eine kleinteilige Struktur – werde dafür gedankt.

Schön zu hören sei auch, dass so viel positive Energie für die Menschen, für die man da sei, eingesetzt werde: für die Schülerinnen und Schüler, für die Kinder, für die Familien, aber auch für Kolleginnen und Kollegen, die die Aufgaben täglich gemeinsam meisterten.

Es werde mitgenommen, dass sich darauf verlassen werden könne, dass wunderbare Arbeit gemacht werde. Dafür sollten weiterhin die Rahmenbedingungen gestellt werden, die dies ermöglichen. Herr Schmitt habe die Themen „Inklusion“ und „soziale und emotionale Entwicklung“ angesprochen. Dies wolle sich für den gesamten schulischen Bereich angeschaut werden. Ein Thema

beim Kongress „Schule der Zukunft“ sei gewesen, wie eine schulformübergreifende Inklusion verstanden werden könne und wie alle miteinander davon profitieren könnten. Es bedürfe nicht nur einzelner Leuchttürme, sondern jede Schule sei eigentlich eine Form von Leuchtturm und müsse den individuellen regionalen Bedürfnissen gerecht werden. Kinder sollten unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Hintergrund so gefördert werden, wie Stärken und Potenzial vorhanden seien.

Er wolle ferner der Vertreterin und dem Vertreter der Schülerschaft seinen Respekt aussprechen. Diese hätten gezeigt, wie empathisch so etwas gemacht werden könne und wie professionell sie damit auch umgegangen seien. Sie hätten deutlich gemacht, wie wichtig Schule sei und was Schule sei. Schule sei nicht nur die Klassenarbeit, das Zeugnis und die Note X, sondern Schule sei Freundschaft, Gemeinschaft, soziale Stärke und das Miteinander. Durch diese Gemeinschaft solche Krisen zu bewältigen, sei immer einfacher, als wenn man allein dastehe. Er danke dafür, dass immer wieder eine Bestärkung der Klassenverbände und der Schulgemeinschaften stattgefunden habe.

Frau Bell habe gut dargestellt, wie es trotz einer nicht ganz üblichen räumlichen Ausstattung etwa mit blankem Estrich wichtig sei, den Geist des Gebäudes mit Menschen zu füllen und miteinander in Verbindung zu bleiben. Sicherlich würden die Ausschussmitglieder diese positive Energie für ihre Arbeit mitnehmen und weiter im Austausch bleiben.

Die SPD-Fraktion bedanke sich für diesen Nachmittag und motiviere dazu, sich zu melden, wenn auch nicht so positive Erfahrungen wie heute berichtet werden könnten, um gemeinsam nach Lösungen zu schauen.

Abg. Jennifer Groß fasst den heutigen Tag als emotional, inhaltsreich und vor allem authentisch und persönlich zusammen und legt dar, die Ausschussmitglieder seien nicht ins Ahrtal gekommen, um sich Lobhudeleien anzuhören, sondern wollten hinsichtlich der Situation im Bereich der Bildungspolitik – von den kleinsten bis hin zu den großen Schülern – wissen, wo der Schuh drücke und was im Ausschuss besprochen und parlamentarisch aufgearbeitet werden müsse.

Sie bedanke sich für die Wortbeiträge und die Präsentation, durch die vermittelt werde, welche Herausforderungen in den jeweiligen Lehrerkollegien gerade gemeistert würden. Oft sei gesagt worden, auf der einen Seite sei es die Corona-Pandemie, und auf der anderen Seite fehle es vielleicht hier und da grundsätzlich an Lehrpersonal. Angesichts der Flutkatastrophe spreche sie ihre Hochachtung dafür aus, dass die Anzuhörenden an diesem Tag trotz allem sagen könnten, die Situation sei gemeistert worden. Das spreche für die jeweiligen Menschen und diejenigen, die dahinter stünden.

Besonders beeindruckend seien die persönlichen Darstellungen der Schülerin und des Schülers gewesen. Sie habe Hochachtung vor dem Mut, ganz offen zu sagen, was sie in dieser Nacht bewegt habe. Den Ausschussmitgliedern seien schon viele Hausaufgaben mitgegeben worden; sie würden auch Stück für Stück abgearbeitet. Von Interesse sei aber auch die Frage, was aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler einer zehnten Klasse am dringendsten mit Blick auf die Zukunft, eine Ausbildung oder die weiterführende Schule, getan werden müsse.

Adem Prebeza hält es besonders für die Älteren, aber auch für die Jüngeren für wichtig, dass man jemanden habe, mit dem man sprechen könne und der zuhört und berate. Die Situation sei immer noch nicht verarbeitet.

Abg. Lisett Stuppy bedankt sich für die ehrlichen Worte der Anzuhörenden und bemerkt, ihr sei besonders klar geworden, dass Schule und Kita vor Ort mit ganz vielen anderen Faktoren gedacht würden. Wichtig sei der ihr zunächst nicht bewusste Aspekt eines sicheren Schulwegs, seien aber auch Vereine, die Räume oder Turnhallen verwendet hätten. Wichtig sei auch, Familien und deren Organisation von Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Betreuung mit zu denken. Schule und Kita könnten vielleicht auch verknüpft werden. Auch die Idee, Kinder und Jugendliche mehr in den Prozess einzubinden, finde sie sehr stark. Die genannten Aspekte erachte sie als wertvoll. Sie sollten mitgenommen und umgesetzt werden.

Sie habe an diesem Tag zudem mitgenommen, dass Schule noch viel mehr als Bildung sei. Schule übernehme eine Schlüsselfunktion, gebe Raum, Struktur und ein gutes Gefühl für Kinder und Jugendliche. In diesem Raum finde der soziale Kontakt mit Freunden statt.

Sie bedanke sich und spreche ihren Respekt für das Engagement für Kinder und Jugendliche vor Ort aus; denn am Ende gehe es doch darum, dass es ihnen gut gehe und sie sich wohl fühlten.

Abg. Martin Louis Schmidt bedankt sich für die berührenden Erfahrungsberichte. Es sei nicht leicht, die vielen Fragen und Problemstellungen auf die Ebene der politischen Konkretisierung herunterzubrechen.

Er wolle einen Aspekt herausgreifen. Laut Herrn Lichtenthäler konzentriere sich das Lernen seit dem Ende der Sommerferien stark auf die Hauptfächer und den theoretischen Grundlagenstoff, während die praktischen Dinge, die an einer Realschule plus besonders wichtig seien, bisher wenig Raum einnehmen, weil Küchen oder Werkbänke fehlten und die Infrastruktur in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Es müsse wahrscheinlich schon darüber nachgedacht werden, was in dem Bereich besonders schnell wiederhergestellt werden könne. Dazu gehörten Finanzmittel und organisatorische Herausforderungen.

In allen Ausführungen sei die seelische Ebene mit angesprochen worden. Psychische Aspekte hätten eine große Bedeutung für die bestmögliche Krisenbewältigung. Praktische Dinge und Dinge, die ablenkten, könnten den Schülern auch emotional sehr viel geben. Die jungen Menschen dürften angesichts der Herausforderungen der kurz- und mittelfristigen Organisation des Aufräumens nicht hinten herunterfallen.

Durch die Flut, aber auch bedingt durch die Corona-Pandemie nähmen psychische Belastungen an Schulen und Kitas zu. Es sollte nicht aus dem Blick verloren werden, dass diesbezüglich besonderer Handlungsbedarf bestehe und es nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Vielleicht habe Herr Lichtenthäler verbunden mit dieser Thematik noch einen konkreten Wunsch. Alle sollten darüber nachdenken, wie in dem Bereich etwas konzipiert werden könne, damit die Praxis innerhalb der Realschulen plus, aber auch in anderen Schulformen möglichst schnell wieder ihren wichtigen Platz einnehmen könne.

Timo Lichtenthäler erwidert, die Bewältigung und der Wiederaufbau seien so mehrdimensional, dass aufgepasst werden müsse, nicht in einer Eindimensionalität zu versinken. Er selbst habe ein sehr langes Gespräch mit einer Schulpsychologin aus Mainz geführt, die ein wunderbares Bild geprägt habe, das ihn durch diese Zeit trage. Laut ihr werde die Flutkatastrophe einem Marathon gleichkommen und man befinde sich bei Kilometer 2. Das symbolisiere für ihn immer wieder, dass noch eine unheimlich große Strecke zu gehen sei.

Bei den kleinen Schritten, die gemacht würden, müsse gesehen werden, dass alle Bedürfnisse möglichst gut abgebildet werden könnten. Er sei eher ein Freund davon, sich Dinge in Ruhe anzuschauen, denn wer nun hektisch in eine Richtung voranschreite, verbaue sich langfristig eventuell eine Chance in einer anderen Richtung. Immer neue Fenster täten sich auf. Er stehe in guten Gesprächen mit dem Sportreferat der ADD in Koblenz und der benachbarten Schulleiterin auf der anderen Seite der Ahr zu der Frage, ob es die Möglichkeit einer mobilen Sporthalle gebe, um den Schülerinnen und Schülern mehr Praxis zu ermöglichen.

Er halte es aber für sinnvoller, diese Mehrdimensionalität im Blick zu behalten, als mit aller Gewalt die Werkbank übermorgen wieder aufzustellen. Der Markt müsse sondiert und schnelle Schritte müssten vorangegangen werden, damit man den Schülerinnen und Schülern gerecht werde. Auch er habe bei den Berichten in dieser Sitzung Tränen in den Augen gehabt. Dies sei der Grund, warum er jeden Morgen aufstehe.

Abg. Marco Weber bringt seinen größten Respekt für diese tagtägliche Hochleistung, die die Anzuhörenden alle seit dem 14. Juli 2021 im privaten und im dienstlichen Einsatz brächten, zum Ausdruck. Ob in der Kreisverwaltung, im schulischen Dienst oder im kindlichen Dasein sei auf eine Herausforderung getroffen worden, für die bis zu diesem Zeitpunkt kein Fahrplan existiert habe. Sie brächten über ihren Einsatz hinaus Hochleistung für die Eltern, die Allgemeinheit, aber auch gerade für die Kolleginnen und Kollegen im Schuldienst, um Neustrukturierungen im baulichen, aber auch im schulischen Sinne zu bewerkstelligen.

Er sei froh, an diesem Tag vernommen zu haben, dass die Zusammenarbeit gerade mit dem Ministerium für Bildung, aber auch mit der ADD gut funktioniere. Er habe keine negative Aussage gehört, die ihn daran zweifeln lasse. Dies sei nicht immer eine Selbstverständlichkeit, weil auch das Ministerium und die ADD keinen Fahrplan für eine solche Situation besessen hätten. Seine Hochachtung gelte ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auf dieser Seite versuchten, das Bestmögliche zu erreichen.

Als Abgeordneter aus dem Vulkaneifelkreis mit drei schulpflichtigen Kindern wisse er, dass diese ein bisschen sauer seien, weil sie mit einem Schienenersatzverkehr zum Gymnasium nach Gerolstein 9 km fahren müssten. Das sei im Gegensatz zu dem, was hier seit dem 14. Juli 2021 erlebt worden sei, ein kleines Sandkörnchen, das nicht optimal funktioniere.

Diese auswärtige Sitzung sei auch ein Zeichen gegenüber den Anzuhörenden. Die Abgeordneten des Landtags seien seit dem 14. Juli 2021 in sehr vielfältiger Weise eingebunden. Es gebe auch Aufgaben neben dem praktischen Einsatz vor Ort, etwa den Anzuhörenden und ihren Kolleginnen und Kollegen begleitend Hilfestellungen für den langen Weg zu geben. Man sei unterwegs, aber es sei ein längerer Weg.

Besonders wichtig sei ihm eine gute gemeinsame Kommunikation bezüglich der weiteren Schritte. Diese Zusammenarbeit solle von den Abgeordneten gemeinsam mit der Exekutive sowie den Betroffenen – vor dem Hintergrund der heute vorgetragenen Anregungen der Anzuhörenden – begleitet werden.

Er sei Mitglied der Enquete-Kommission, die für künftige Katastrophen eines solchen Ausmaßes im rheinland-pfälzischen Landtag versuche, die Dinge besser zu strukturieren. Er werde den über den Bildungsausschuss erlangten Mehrwert auch in diesen Bereich mitnehmen können.

Abg. Helge Schwab zollt seinen Respekt und beschreibt, er sei zutiefst berührt gewesen, als er heute durch die Schützenstraße gefahren sei. Er habe sich an andere Krisengebiete auf der Welt, von denen er viele gesehen habe, erinnert gefühlt. Diese Straße zeige für ihn auf der einen Seite die Zerstörung. Die Emotionalität, die in den Anzuhörenden herrsche, könne er nachvollziehen. Sie zeige auf der anderen Seite aber auch die Hoffnung; denn mindestens in jedem zweiten Haus habe er Menschen gesehen, die gearbeitet und versucht hätten, es wiederaufzubauen.

Es werde sich um Infrastruktur und die Ausstattung von Schulen gekümmert. Die Lehrer würden in den Blick genommen, die die Schüler, die die Katastrophe ebenso wie die Erwachsenen hätten miterleben müssen, beschulen müssten. Das Ganze müsse verarbeitet werden. Der Schülerin und dem Schüler danke er aus tiefstem Herzen für ihren Bericht.

Am wichtigsten sei nun, das von Frau Hornbach-Beckers angesprochene psychosoziale Netzwerk aufzubauen. Die Gebäude und die Ausstattung würden kommen, aber das psychosoziale Netzwerk müsse sorgfältig aufgebaut und jeder mitgenommen werden. Auch die Stärksten in jeder Straße würden das Geschehene verarbeiten müssen, und dies könne Jahre dauern. Er könne schon voraussagen, die Schulen hätten in den nächsten 20 Jahren eine Mammutaufgabe zu bewältigen.

Er hoffe und wünsche, dass die Regierung und die Abgeordneten den Betroffenen beistehen und jede mögliche Hilfe zugutekommen lassen würden; denn was nach Weihnachten passieren werde, werde noch gar nicht überschaubar sein. Er habe es in Ex-Jugoslawien erlebt. Es müsse jetzt gemeinsam an einem Strang in dieselbe Richtung gezogen werden.

Er wünsche den Anzuhörenden für die Zukunft alles Gute und viel Kraft.

Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Vors. Abg. Giorgina Kazungu-Haß legt abschließend dar, der Landtag Rheinland-Pfalz sei der Landtag der Bürgerinnen und Bürger. Die Abgeordneten seien die gewählten Vertreterinnen und Vertreter, Nachbarn, Freunde, Bekannte, Tante, Onkel, Mutter und Vater. Oft erscheine die Politik zu weit weg von denjenigen, die sie alle paar Jahre wählten. Die Abgeordneten des Landtags verfolgten stets das Ziel, das aufzuweichen und dorthin zu gelangen, wohin sie gehörten, in die Mitte ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Heute sei dies – vor allem zugunsten der Mitglieder des Landtags – auf eine besondere Art und Weise gelungen, weil die Anzuhörenden ihnen dabei geholfen hätten. Im Namen des Ausschusses wolle sie sich dafür bedanken. Es habe sich gelohnt, vor Ort zu sein und diese Geschichten und Erlebnisse mitzunehmen. Sie würden sich noch lange in den Ausschussmitgliedern und ihren Fraktionen, denen davon berichtet werde, nachtragen.

Sie weist auf den Termin der nächsten Ausschusssitzung am Freitag, den 19. November 2021, um 10 Uhr per Videokonferenz hin und schließt die Sitzung.

gez. Dr. Julia Voßen
Protokollführerin

Anlage

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete

Kazungu-Haß, Giorgina	SPD
Köbberling, Dr. Anna	SPD
Müller, Susanne	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Teuber, Sven	SPD
Barth, Thomas	CDU
Beilstein, Anke	CDU
Groß, Jennifer	CDU
Stuppy, Lisett	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schmidt, Martin Louis	AfD
Weber, Marco	FDP
Schwab, Helge	FREIE WÄHLER

Für die Landesregierung

Hubig, Dr. Stefanie	Ministerin für Bildung
---------------------	------------------------

Anzuhörende

Bell, Ursula	Grundschulrektorin der Grundschule Bad Neuenahr
Hornbach-Beckers, Siglinde	Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit der Kreisverwaltung Ahrweiler
Leyendecker, Lars	Abteilungsleiter Kindertagesbetreuung der Kreisverwaltung Ahrweiler
Lichtenthäler, Timo	Realschulrektor der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler
Prebeza, Adem	Schüler der Klasse 10 der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler
Schmitt, Andreas	Förderschulrektor der Janusz-Korczak-Schule Sinzig
Syleimani, Bleona	Schülerin der Klasse 10 der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler
Stahl, Britta	Vorsitzende des Schulelternbeirats der Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus Ahrweiler

Landtagsverwaltung

Schneider, Kathrin

Voßen, Dr. Julia

Richterin

Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)